

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pro numerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit Illustrirter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Belastungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Solowei-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 Verordn- und Veranlassungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentf-Strasse 2.

Sonnabend, den 2. Oktober 1897.

Expedition: SW. 19, Bentf-Strasse 3.

Die Typhusende in Oberschlesien.

Aus Beuthen i. O. kommen immer ungünstigere Nachrichten. Alle Versuche, die Typhusgefahr für den ober-schlesischen Industriebezirk abstreifen zu wollen, werden durch die Nachrichten über die fortwährende Ausbreitung der Krankheit widerlegt. In Beuthen selbst mit seinen 1238 Wohnhäusern hat die Seuche im Durchschnitt schon jedes Haus heimgesucht. Denn die Gesamtzahl der Erkrankungen betrug bis Mitte September schon 1448 mit 62 Todesfällen. In der Zeit vom 11. bis 17. September lagen in Beuthen allein 186 Personen an Typhus darnieder. Allein am 16. September, nachdem der Magistrat von Beuthen die bisherige Wasserleitung schon gesperrt hatte, wurden 82 Neuerkrankungen gemeldet. An ein Zurückgehen der Seuche in Beuthen ist also bei den dortigen Wohnungsverhältnissen vorläufig nicht zu denken. Wohl aber schreitet die Krankheit in den Nachbarorten Beuthen's fort. Zunächst wurden die Nachbarorte mit ihrer starken Arbeiterbevölkerung ergriffen, so Birkenhain und Scharley, deren Bewohner an dem Streik in der Zenngrube beteiligt waren. Ganz besonders günstigen Boden findet die Seuche in den vielen Schlafhäusern des Industriebezirks, deren sanitäre Verhältnisse sie oft geradezu zu Brutstätten der Seuche machen. In „Eintracht“, wie in „Friedenshütte“ waren es jedes Mal die Schlafhäuser der Arbeiter, in denen der Typhus ausgebrochen ist. Aber auch schon in fernere Gegenden ist die Seuche gedrungen, was aus den Erkrankungen in Königshütte und in Gleiwitz hervorgeht.

Kurz, es ist nicht zu zweifeln, daß die Typhuseuche in Oberschlesien einen Umfang angenommen hat, die der Aufmerksamkeit der Behörden in dringendstem Maße bedarf. Es ist auch seitens der Regierung in Oppeln sofort eingegriffen und im Einverständnis mit dem Beuthener Magistrat die bisherige Trinkwasserleitung gesperrt worden. Aber man täusche sich über die Wirksamkeit dieser Maßregel nicht: Wasser allein ist nicht an den zahlreichen Typhuserkrankungen Schuld. Der Grund liegt tiefer. Die ober-schlesische Arbeiterbevölkerung ist nicht mehr im Stande, sich eine ausreichende Ernährung zu verschaffen. Die Sperre der schließenden Fleischmangel, die Zueuerung der Fleischpreise führten jene Notlage der Bevölkerung herbei, die sie für das Eindringen des Typhus gewissermaßen präparierte.

Diese Ansicht könnte äußerst „leberisch“ erscheinen, aber sie ist es nicht, es wäre denn, daß die Fabrikanten Oberschlesiens heutzutage auch schon zu den Hebern gezählt werden müßten. Denn die Vertretung des ober-schlesischen Unternehmertums hat schon vor Monaten sich veranlaßt gefühlt, die Regierung auf die unausbleiblichen Folgen der Schweinesperre aufmerksam zu machen.

Auf einer Versammlung des „Oberschlesischen Berg- und Hüttenwärdigen Vereins“ berichtete der Generalsekretär Dr. Wally, daß es angesichts des im preussischen Landtag und außerhalb desselben immer von neuem erhobenen Verlangens zahlreicher Landwirthe, die Einfuhr russischer Schweine nach Oberschlesien zu verbieten, wünschenswert erscheine, daß die Stellung der Montanindustrie in einer durch eine Deputation persönlich an den Reichskanzler zu überreichenden Eingabe dargelegt werde. In dieser Eingabe wird unter anderem nach-gewiesen, daß in Oberschlesien die infolge einer Grenz-sperre eintretende Vertehrung in den Preisen für Schweinefleisch, Schmalz und Speck alsbald auch eine entsprechende Preissteigerung für alle übrigen Nahrungsmittel zur Folge habe, und daß die sehr bedeutende Vertehrung der Lebens-haltung von der ober-schlesischen Arbeiterbevölkerung ohne erhebliche Beeinträchtigung ihrer Arbeitskraft und Gesundheit unmöglich getragen werden könnte.

Also das Unternehmertum hat die Regierung schon vor Monaten auf die gesundheitsnachtheiligen Folgen aufmerksam gemacht, die eine Schweinesperre notwendig im Gefolge haben müsse. Aber die im agrarischen Interesse erlassenen Verordnungen nimmt man nicht so rasch wieder zurück. Man hörte nicht auf die Warnungen seitens der Unternehmer, man berücksichtigt nicht die Stimmung der Arbeiter. Die Streibewegung, die zur Zeit unter der ober-schlesischen Industriebevölkerung herrscht, ist ein deutliches Symptom für die bedrohliche soziale Lage derselben. Gerade in Beuthen und nächster Umgebung gährt und brodelt es schon seit Monaten. Raum ist ein Zustand niedergedrückt, da bricht an einer anderen Stelle ein neuer los. Und solche Gährung macht sich unter einer bisher so geduldigen, leutsamen und sparsamen Arbeiterschaft mit elementarer Gewalt als Reaktion auf die verzweifelte Nothlage des Augenblicks geltend. Im Glend, angesichts des drohenden Typhusgespenstes, greifen die Arbeiter zu einem letzten Mittel, zum Streik, um wenigstens ihre Löhne bei der zunehmenden Vertehrung der Lebensmittel etwas in Einklang mit den Preisen zu bringen. Aber das patriarchalische Regiment hat auf diese Bewegungen keine andere Antwort als Maßregelung und definitive Entlassung. So bleibt den Arbeitern nichts übrig, als sich heranzukommen zu lassen. Regierung und Unternehmertum thun nichts, um die Epidemie erfolgreich zu bekämpfen. Denn die einzig wirksame Abwehr wäre die Beseitigung des Nothstandes, der eine

schwächliche, sofort für Krankheiten empfängliche Bevölkerung schafft.

Alle Maßregeln, wie Beschaffung besseren Trinkwassers, Absperrung der Kranken, Schließung der Schulen nützen nichts, wenn damit nicht eine Beseitigung der augenblicklichen Zueuerung Hand in Hand geht, wenn in diesem Falle nicht durch sofortige Aufhebung der Sperre die Versorgung Oberschlesiens mit billigen Nahrungsmitteln ermöglicht wird. Es kann kein Zweifel sein, daß, um den Typhus wirksam zu bekämpfen, erst der Hunger gestillt sein muß. Und Hunger herrscht zur Zeit in Oberschlesien. Die Preise für alle Lebensmittel steigen rapid und geradezu unerhört ist die Fleischnoth. Zum Theil können die Viehmärkte in Beuthen zur Zeit gar nicht abgehalten werden, weil kein Antriebs von Schlachthieren vorhanden ist. Und wenn einmal Viehmarkt ist, dann fehlen sicher die Schweine; so z. B. auf dem Schlacht- und Fettviehmarkt in Beuthen vom 16. September, wo ganze 26 Rinder, 9 Kälber und 40 Schöpfe, aber nicht ein Schwein, zum Verkauf standen. Aber solchen Thatsachen gegenüber verhält die Regierung ihr Haupt. Die Agrarier haben es erreicht, daß ihre Interessen im jeden Preis in erster Linie berücksichtigt werden, mögen dabei für die übrige Bevölkerung die nachtheiligsten Folgen entstehen. Sie haben die Sperre aufgehoben, der Landwirtschaftsminister wie der Reichskanzler haben dem Drängen der Herren Ploß und Konsorten nachgegeben und die Folge ist zum mindesten die Hartnäckigkeit der Typhusepidemie in Oberschlesien. Und dabei ist das Verhalten der Regierungsbehörde der Krankheit gegenüber noch so eigenthümlich zurückhaltend. Anstatt die Bevölkerung über ihr Verhalten, über die Diät und die beste Art der Vorbeugung in der Presse zu belehren, beschränkt man sich darauf, nur die aller-nothwendigsten Schritte zu thun, zu denen die Wasserleitungssperre bis jetzt allein gehört. Es ist das Verhalten um so anfallender, als die Regierung zu Oppeln und die Polizeiverwaltungen der ober-schlesischen Städte just in der nämlichen Zeit, wo in Beuthen die Typhusepidemie herrscht, ausführliche Belehrungen über die Geflügelcholera erlassen. Zum mindesten ebenso wichtig wie die Abwendung der Geflügelcholera dürfte wohl die Beseitigung der Typhusepidemie sein, denn hier handelt es sich um Menschen, dort aber nur um agrarische Günstlinge aus dem Thiergeschlecht. Hat man aber überhaupt in den zuständigen Ministerien in Berlin nähere Kenntniß über die Ausbreitung der Typhusepidemie in Oberschlesien? Will man gegen ihr weiteres Wüthen die geeigneten Maßregeln ergreifen, will man namentlich die Schweinesperre möglichst rasch aufheben?

Rasche und durchgreifende Maßnahmen sind notwendig, hoffentlich erfolgen sie bald, ohne Rücksicht auf die engherzigen Interessen der agrarischen Volksausbeuterer.

Der Ausfall der sächsischen Landtagswahlen

findet bei denjenigen sächsischen Parteigenossen, welche von vornherein gegen eine Wahltheiligung waren, eine andere Auslegung, als sie der „Vorwärts“ und die meisten unserer Parteiblätter zum Ausdruck gebracht haben. Sie stellen es so dar, als ob wir den Wahlausfall als zu günstig angesehen hätten und als ob der Versuch, sich unter dem Dreiklassen-Wahlssystem an der Wahl zu betheiligen, mißglückt wäre.

Weniger auffallend ist hierbei die Haltung der „Leipziger Volkszeitung“. Sie sagt: „Danach sieht das eine fest, daß es der sozialdemokratischen Partei nicht einmal möglich gewesen ist, in der dritten Abtheilung ihre sämtlichen Wahlmänner durchzubringen.“ Sonderbarer ist die Befand der „Bürgerliche Volksstimme“, welches Blatt früher stets für Wahltheiligung eintrat, aber seitdem es unter neuer Redaktion steht, eine Schwankung vollzog; sie schreibt: „Dah wir in der dritten Klasse gesteckt haben, verbanen wir lediglich demjenigen Theile unserer Genossen, die auch sonst ihre Pflicht thun. Die „heilen Gassen“ aber, welche die „Vorwärts“-Redaktion von Spree-Ufern aus gesehen hat, lassen fünf gerade sein und betheiligen sich nicht. Im übrigen wäre es noch schöner, wenn wir im „rothen“ Sachsen die Arbeiter dominieren, noch nicht einmal den Sieg erringen wollten. Die Masse hat nicht mit dem Stimmgabel gegen die Dreiklassenwahl protestirt, sondern durch die Nichttheiligung, indem sie von dem „Ruddel-Muddel“, wie die Landleute sagen, nichts mehr wissen will.“

Darauf ist folgendes zu sagen: Niemand konnte verständigerweise erwarten, daß unsere „sämmlichen“ Wahlmänner in der dritten Abtheilung hätten durchgebracht werden können. In der dritten Wählerklasse befinden sich ungefähr 75-80 pSt. aller Wähler. Hätten wir die Majorität dieser Wähler für uns, so wäre doch — nach altem Wahrecht — beinahe der ganze sächsische Landtag in unseren Händen gewesen. Thatsächlich aber gab es in den Kreisen, die jetzt zur Wahl standen, bei der vorigen Wahl im Jahre 1891, eine große Anzahl, besonders ländliche, wo wir so gut wie gar keine Stimmen erzielt hatten. Daß wir in solchen Kreisen plötzlich die Majorität der Wähler und sämmlichen Wahlmänner hätten erhalten sollen, war ganz ausgeschlossen und es ist sehr einsichtslos, auf grund der Thatsache, daß dies nicht erreicht wurde, den Wahlausfall herabzusetzen. Glaubt die „Leipz. Volksztg.“ damit etwa den Mißerfolg ihrer Taktik beschönigen zu können?

Wenn die „Bürgerliche Volksstimme“ einen Unterschied macht zwischen den Parteigenossen, die gewählt hätten und den „heilen Gassen“, die zu Haus geblieben seien, so ist das eine ganz richtige Unterscheidung. Die Thatsache ist, daß wir in den Kreisen, wo überhaupt eine stärkere Partei-Organisation besteht, die dritte Wählerklasse, die Masse der Wähler, ganz oder zum größten Theil für uns gewonnen haben. Sagt doch unser Bürgerliche Partei-Organ

selbst und zwar in derselben Nummer, in der es die obige schiefe Auffassung dieser Dinge ausspricht:

„Aber so viel läßt sich sagen, daß im großen und ganzen die Sozialdemokratie die dritte Klasse beherrscht. Allerdings war die Theiligung an der Wahl, besonders auf dem Lande, sehr gering und sank die Ziffer der Theiligung oft unter 25 pSt. Jedoch, das eine ist zur Gewißheit geworden, daß die Majorität der Wähler, soweit sie zur Urne gingen, sich für die Sozialdemokratie und gegen die Wahlentheiler erklärt hat.“

Wir meinen, daß dies ein schöner Erfolg genannt werden darf, um so mehr, als auch bei früheren Wahlen die Wahltheiligung nur eine verhältnismäßig geringe war und nur in ganz vereinzelten Fällen 50 pSt. überstieg.

Wir können deshalb auch die Ansicht des „Sächsischen Volksblattes“ durchaus nicht theilen, welches schreibt:

„Die Wahl in der dritten Abtheilung hat fast überall da, wo es unseren Genossen gelang, Wahlmänner aufzustellen, zu leiblichen, stellenweise zu sehr guten Erfolgen geführt, im übrigen ändert aber selbst das beste Resultat in der dritten Abtheilung nichts daran, daß es sich bei dieser Klassenwahl um die Wahl der Hoffnungslosigkeit für die Arbeiter gehandelt hat. Daß dies konstatirt wurde, war nach unserer Meinung nothwendig, die Probe aus neue Wege gemacht werden, sie ist ganz und gar gegen uns aus-fallen.“

Und die „Leipziger Volkszeitung“ sagt diesem Urtheil hinzu:

„So wird wohl bei vernünftiger Betrachtung der Situation überall, auch in den Kreisen der Partei geurtheilt werden, die sich diesmal noch an der Wahl betheiligten. Für die große Masse der Wähler ist die Klassenwahl die Wahl der Hoffnungslosigkeit, das haben wir von Anfang an betont. Was in aller Welt aber hat dann die Theiligung an den Wahlen unter diesem Wahl-system für einen Zweck?“

Diese Frage kann die „Leipz. Volkszeitung“ nur stellen, indem sie die Zwecke, welche die Majorität der sächsischen Parteigenossen mit der Wahltheiligung verfolgt, beharrlich zu ignoriren beliebt hat. Es kam nicht nur darauf an, eine Probe auf das neue Wahlrecht zu machen. Alle Genossen in Sachsen, höchsten mit verschwindenden Ausnahmen, waren, gleich der „Leipziger Volkszeitung“ und dem „Sächsischen Volksblatt“, überzeugt, daß Mandatbesolge nicht erzielt werden würden. Die Gründe der Theiligung waren andere. Wir können hier nur ganz kurz noch-mals darauf hinweisen. Einmal sollte die wichtige Gesetzgebung, die dem ein-staatlichen Parlament unterliegt, nicht der Aufmerksam-keit des Volkes entzogen werden; die Dinge, welche die Ordnungsparteien im Landtage treiben, sollten dem Volk nicht gleichgiltig werden. Dies ist durch die Wahltheiligung thatsächlich erzielt worden und konnte nur durch eine Agitation, die auf die Wahl-theiligung losfuerte, erzielt werden; in Leipzig, im besten Landtagswahlkreise, hat während der Wahlbewegung nur eine einzige Protestversammlung stattgefunden, die Angelegenheiten des Land-tages sind dort in keinemwegs genügender Weise propagirt worden. Dies machen wir niemandem zum Vorwurf, es war bei dieser Taktik nicht anders möglich. In Chemnitz und Dresden hatten wir dagegen eine monatelange intensive schriftliche und mündliche Agi-tation, wir sind mit der Masse eng und nachhaltig in Verbindung gekommen. Bei der Länge der Reichstags-Legislaturperioden ist dies gewiß von großer Bedeutung für die Verbreitung und Befestigung unserer Ideen im Volke.

Ferner aber hat unsere Partei mit der Theiligung den Zweck verfolgt, daß die gewählten Ordungs-Abgeordneten von vorn-herin stigmatisirt werden sollten als Abgeordnete nur der kleinen Gruppe der Wohlhabenden und Reichen, nicht des Volkes. Auch dieser Zweck ist in den Kreisen erreicht worden, wo überhaupt unsere Partei schon eine gewisse Stärke erreicht hatte. Es ist ohne Zweifel ein moralischer Erfolg ersten Ranges — und die Erfolge der Moral spielen in der Politik doch auch ihre Rolle —, daß unsere Vertreter im Landtag den Erwählten der beiden Ge-sellschaftsklassen die Schimpflichkeit ihrer Herkunft bei jeder passenden Gelegenheit vorhalten können. So finden sich nun infolge der Wahl-theiligung Anknüpfungen in Halle und Pilsen, um den Kampf gegen das Dreiklassen-Wahl-system wirklich fortzuführen. Wenn man, nach Leipziger Muster, so gut wie nichts thut gegen das ge-schehene Unrecht, sondern Landtag, Regierung und Ordnungsparteien sich selbst überläßt, nützt man den Gegnern und erreicht nichts für sich selbst.

Wir sind daher der Meinung, daß der Ausfall der sächsischen Landtagswahlen einen wirklichen Erfolg für unsere Partei bedeutet. Hätte nicht Leipzig durch die Nichtachtung der Beschlüsse der Landes-konferenz eine große Verwirrung in weiten Kreisen der sächsischen Genossen hervorgerufen und so die gesammte Wahltheiligung in hohem Maße gestört und beeinträchtigt, hätte Leipzig vielmehr sich in Reich und Glied gestellt, so wäre die Bewegung noch weit bedeutsamer geworden.

Unmuthig sind trotz der außerordentlichen Schwierigkeiten, die nicht nur von gegnerischer Seite bereit worden, sondern selbst von Seiten der eigenen Genossen, in den Bezirken, wo man ernsthaft in die Wahlagitacion eintrat, sehr schöne Resultate erzielt worden. Es ist eine bedeutende Demonstration gegen die Einführung des Dreiklassen-Wahl-systems erreicht worden und es ist erreicht worden, daß in vielen Kreisen die bürgerlichen Wahlmänner aus der dritten Wählerklasse, der Klasse des arbeitenden Volkes, hinausgeworfen sind. Was aber hat man in Leipzig erreicht? Man hat erreicht, daß die Kartellwahlmänner mit kleinen Wählerziffern gewählt worden sind, weiter nichts! Etwas Positives, eine Aufrüttelung des Volkes ist nicht erreicht, die versprochene große Protestbewegung ist aus-geblieben.

Alles in allem: Die Taktik der Majorität der sächsischen Landes-konferenz hat sich als die unter den obwaltenden Umständen beste Taktik erwiesen.

Politische Ueberfälle. Berlin, 1. Oktober.

Das Marine-Seprenat stößt auf recht energischen Wider-spruch natürlich nicht bei den Nationalliberalen, die sich ja sofort die Rückzugslinie zu der Armee der unter allen Um-ständen Ja sagenden offen gehalten haben. Ernsthafter, wenn auch nicht zu ernsthaft, ist der Widerspruch der Zentrums-

preffe zu nehmen. Versteht doch bis zur Schlussabstimmung des Reichstags über das Marine-Septennat noch geraume Zeit, so daß die Lieber, Bacher, Hertling ihre Meinung ganz wohl noch ändern können. Trotzdem ist es wichtig, festzuhalten, was jetzt die „Köln. Volkszeitung“ schreibt:

„Das das Zentrum sich auf eine solche Vorlage einlassen sollte, halten wir für völlig ausgeschlossen. ... Ein solches Septennat wäre ein staatsrechtliches Unikum, trotz des Militär-Septennats und Quinquennats. Für die einmaligen Ausgaben auf sieben Jahre hinaus ein Pauschquantum bewilligen, hiesse den Reichstag an der wichtigsten Stelle um das Budgetrecht kürzen. Denn wenn er streichen und sparen will, so kann er das im wesentlichen nur an den einmaligen Ausgaben thun. Das Septennat würde auch ein sehr einseitiger Vertrag sein; der Reichstag könnte nicht zurück, aber die Regierung wäre nicht gebindert, nach ein paar Jahren schon wieder mit neuen Forderungen zu kommen. Die Technik des Schiffsbauens macht ja noch fortgeschrittene Fortschritte; nach kurzer Zeit wären vielleicht die Schiffe, die wir für das Jahr 1900 bewilligt hätten, schon wieder veraltet; es läme ein neuer Typ und ein neuer Kosten-Anschlag. Es genügt vollkommen, wenn alljährlich bewilligt wird, was nöthig und finanziell möglich ist. ... Man wird keinem Einsichtigen missbilligen, daß die Rechnung des Herrn Tirpitz bedeutend größer ist als die seines Vorgängers.“

In gleicher Weise äußerte sich die Korrespondenz für Zentrumsblätter.

Wichtig ist auch, daß das heute mehr denn je einflussreiche Organ des Bundes der Landwirthe sich recht entschieden ablehnend zu den Tirpitz'schen Plänen äußerte:

Mit einer solchen Verklärung unserer Flotte aber würden wir ein Mittelglied zwischen einer Flotte dritten und zweiten Ranges erhalten, welches unsehbar auf die Ergänzung zum vollen zweiten Range und somit zur vollen Stärke der französischen Flotte hinführen würde. Eine Vorlage von dieser Bedeutung und Tragweite ist daher unserer Beachtung unbedingt abzugeben und das bisherige Maß der Bewilligungen für die Flotte völlig für deren Ausbau unzureichend. ... So aber, wie die Dinge heute liegen, und nach den Hinweisen, die in der offiziellen Agitation für die Flottenvermehrung festgehalten haben, kann man mit größtem Recht auf das Auftreten immer wieder neuer Pläne und Forderungen schließen. Das Reich aber hat mit seinen derzeitigen Ueberschüssen weit dringendere Forderungen zu befriedigen. Erst wenn jene dringenderen Forderungen befriedigt und dauernde starke Ueberschüsse in einer Reihe von Jahren zu registriren sind, vermag zu einer bedeutenden Erweiterung der Flotte geschritten zu werden. Bis dieser Moment eingetreten ist, ist das bisherige Tempo der Flottenbewilligungen unzureichend. — Mit größter Energie wendet sich die „Freie Zeitung“ gegen die finanziellen Experimente der Miquel und Tirpitz. Wir entnehmen diesen Ausführungen die folgenden Stellen:

„Ebenso unvereinbar wie mit den Verhältnissen der Marine ist ein solches Septennat mit der Finanzlage. Das Bild der Reichsfinanzen ist infolge der wechselnden Erträge der indirekten Steuern ein sehr veränderliches. Noch im Jahre 1895 verlangte die Regierung durchaus eine Tabakfabriksteuer von mindestens 85 Mill. Mark, um die Ueberschüsse ohne Militärarbeitskräfte nur bilanzieren zu können. Die neue Steuer wurde abgelehnt und im nachfolgenden Jahre haben die Ueberschüsse trotz dem Ueberschüsse ergeben über die Militärarbeitskräfte. ... Gewiß, die halbe Milliarde, welche Herr Tirpitz verlangt, kann schließlich durch Vermehrung der Reichsschulden gedeckt werden. Aber solche Abwälzung auf die künftige Generation ist am wenigsten angebracht bei Anwendungen für Schiffe, die in durchschnittlich 15 bis 20 Jahren wieder ihren Werth vollständig einbüßen.“

„Wohin mit der Absicht des Marine-Septennats die Reise gehen kann, auch das hat seiner Zeit die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ offen aufgestellt. Sie erinnerte an die historische Thatsache, daß man heute die Männer preiße, welche in den sechziger Jahren „muthvoll an die Durchführung ihrer Pläne entgegen der Volksvertretung gingen und es der Zukunft überließen, den parlamentarischen Streit zu schließen“. Damit deutete die „Nordd. Allg. Ztg.“ eine Perspektive an, daß, wenn der Reichstag nicht willig der Marineverwaltung folge, die Beschreitung eines verfassungswidrigen Weges, d. h. der Staatszerrüttung, nicht ausgeschlossen sein dürfte.“

Bei den nächsten Reichstagswahlen wird es in der Hauptsache sich handeln um den Kampf wider den Absolutismus, um den Schutz der bestehenden Rechte der Volksvertretung.“ Die einseitige Vernichtung der Marine-Septennats-Ideen scheint in Regierungskreisen ernüchternd gewirkt zu haben, wenigstens spricht eine offiziöse Auslassung im „Hamb. Korr.“ dafür; inständigst wird da gebeten, keine staatsrechtlichen Fragen aufzuwerfen, und die ganze Sachlage so harmlos dargestellt als möglich. Freilich wer auf solche Worte etwas giebt, nachdem die in öffentlicher Reichstags-Sitzung gegebenen Versprechungen des Reichskanzlers unerfüllt geblieben sind, der muß sich gefallen lassen, als unerfahrterer Neuling in der Politik behandelt zu werden.

Wie wenig Vertrauen in die Stabilität unserer Verhältnisse selbst das Organ des Herrn v. Bennigsen setzt, geht aus den sehr bemerkenswerthen, hier folgenden Ausführungen des hiesigen marinespreudlichen „Hannoverschen Korrespondenten“ hervor:

„In Herrn Tirpitz ist anscheinend der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts gefunden, den Deutschland braucht. Sollte die Regierung wirklich, was wir nicht glauben, ein Marine-Septennat im Sinne des Eugen Richter'schen Schreckensphantoms verlangen, dann müßte auch Staatssekretär Tirpitz seine Bestallung gleich bis 1905 unwiderruflich erhalten. Das ist nicht im Scherz, sondern in bitterem Ernst gemeint. Denn der Verbrauch an Ministern wächst bei uns nach ausländischen Mustern von Jahr zu Jahr, und das gilt sogar von dem Ministerium, in dem eine stetige Entwicklung ohne häufigen Personalwechsel traditionell — sein sollte, vom Kriegsministerium. ... Alles in allem genommen, die Gefahr, die dem Flottenplane des Staatssekretärs Tirpitz droht, liegt nicht in den von ihm aufgestellten Forderungen, sondern in der Unsicherheit der gesamten innerpolitischen Lage und in dem in allen Parteilagern vorhandenen Mangel an Vertrauen zur Regierung. Eine Vermehrung der vorhandenen Schwierigkeiten durch Forderung eines „Marine-Septennats“ würde zweifellos zum Konflikt führen. Das ultrakonservative Kreise auf einen solchen hinaus zu treiben, ist eine Thatsache, die sie selbst nicht mehr verheimlichen. Auch die weitergehenden Pläne und Hoffnungen, die man von dieser Seite an einen Konflikt und dessen Folgen knüpft, werden ziemlich ungenirt erörtert: es wird eine Aenderung des Reichstags-Wahlrechts angefordert. So lange Fürst Hohenlohe Reichskanzler bleibt, werden wir keinen Konflikt haben. Dies Eine steht fest. Aber eben deshalb drängt sich immer von neuem die Frage auf: „Wann wird er zurücktreten und wer wird sein Nachfolger sein?“

„Agrarier und Nationalliberale in trautem Verein zeigen in wünschenswerther Deutlichkeit ihre wahre Gesinnung über die Grundrechte des Volkes bei Gelegenheit des sächsischen Wahlergebnisses. Wir wollen über die Behauptung der „Deutschen Tageszeitung“, daß die Sozialdemokratie schlecht bei dieser Wahl abgeschnitten habe, weiter kein Wort verlieren. Bezeichnend für die Leute um Pöhl ist nur daß sie den „Sieg“ der

Parteiparteien auf Grund des Dreiklassen-Wahlsystems mit Jubel begrüßen, sie, die kürzlich pathetisch ausriefen, daß sie streng auf dem Boden der Verfassung ständen. Nun bedauerte aber die Aenderung des sächsischen Wahlrechts geradezu eine Veränderung der Grundlagen der sächsischen Verfassung, zu Stande gebracht auf scheinbarem Wege. Man sieht also, was man von den „Verfassungstreuen“ Blindern in Hinsicht auf das Reichstags-Wahlrecht zu erwarten hat.“

Und die preussischen Nationalliberalen stehen hinter den Agrariern nicht zurück. Mit Schmunzeln verzeichnen „National-Zeitung“, „Magdeburger Zeitung“ und andere, daß ihre Partei in Sachsen Mandate gewonnen. Ebenso sagt die „National-liberale Korrespondenz“: „Mit berechtigter Freude thun wir verzeichnen die sächsischen Blätter als sicheren Gewinn, daß die nationalliberale Fraktion von 16 auf 19, die konservative von 43 auf 48 Mitglieder steigen wird.“ Die nationalliberalen Blätter reden dabei nicht von den schimpflichen Bedingungen, unter denen allein jene Mandate gewonnen wurden. Sie zeigen damit aber zugleich ihr stillschweigendes Einverständnis mit solchen an Staatszerrüttung grenzenden Vergewaltigungen der Volksrechte, wie sie in Sachsen verübt worden sind.“

Es ist recht gut, daß die arbeitenden Klassen bei dieser Gelegenheit wieder einmal sehen, wessen sie sich von jenen Leuten, die vor den Reichstagswahlen von ihrem Respekt vor den Volksrechten reden, nach den Wahlen zu versehen haben könnten! —

Wann finden die Reichstagswahlen statt? Ueber diese Frage ist ohne genügende Unterlage in der Presse sehr viel debattirt worden. Beachtung verdient jedenfalls die Meldung aus Athen, daß dort schon jetzt an die Aufstellung der Wahllisten für die Reichstagswahlen gegangen wird; sollte dies auf Grund einer allgemeinen Anordnung der Oberbehörden geschehen, so muß man auf einen frühzeitigen Termin für die Wahlen gefaßt sein. Man mag mit einem solchen vielleicht andere Parteien unangenehm überraschen, uns sicherlich nicht. —

Zur Frage des europäischen Gleichgewichtes sind die folgenden Ausführungen eines angesehenen russischen Blattes von großer Bedeutung:

Die Moskowskija Wiedomosti bespricht in einem Leitartikel das Verhältnis Oesterreich-Ungarns zum Zweibund und zum Dreibund und führt aus, daß die Entwicklung der slavischen Elemente in Oesterreich allmählich zu einer Entfremdung vom Dreibund führen werde. Zwischen Oesterreich und dem Zweibunde herrsche aber die Balkanfrage keine divergirende Meinung. Oesterreich sei ein Land des Friedens, das allmählich dem Zweibund zugeführt werden dürfte.

Erwägt man dabei, daß seit der Heirat des italienischen Kronprinzen mit der Tochter des von Rußland ausgehaltenen Fürsten von Montenegro die italienischen Beziehungen zu Rußland eine bisher nie gekannte Wärme angenommen haben und auch das Verhältnis Italiens zu Frankreich sich erheblich verbessert hat, so muß man auch einen Austritt Italiens aus dem Dreibunde in den Kreis der Kombinationen ziehen.

Unsere Militär- und Marinefanatiker werden aus diesen Erwägungen vielleicht den Schluß ziehen, daß eine solche militärische und politische Isolirung des Deutschen Reiches die Pläne ausschweifendster Phantasie auf dem Gebiete des Militär- und Marinewesens als berechtigt erscheinen lassen müsse.

Nichts wäre freilich ein größerer Irrthum, als eine derartige Schlußfolgerung. Das Deutsche Reich muß gegen einen Bund der vier anderen kontinentalen Großmächte unter allen Umständen den kürzeren ziehen.

Ein weitwichtiger Politiker muß unter solchen Umständen seine Gedanken nicht darauf richten, das schon ohnedies überspannte System des Militarismus und Marinismus auf die äußerste Spitze zu treiben, sondern mit dem Systeme zu brechen. Und dies wäre keine gefährliche Politik, würde doch die Bevölkerung aller unter den Lasten des Militarismus schwer sehenden Völker eine solche Politik mit Freuden begrüßen.

Freilich weitwichtige Politiker haben die herrschenden Klassen nicht mehr.

Die Situation in Spanien ist schwer zu entwirren. Selbstverständlich will niemand die undankbare Aufgabe übernehmen, für die verfahren innere und koloniale Politik die Verantwortung zu übernehmen. Die Konservativen möchten natürlich gerne den Liberalen das undankbare Geschäft, den Staatsbankrott auch formell einzugehen und aus den Niederlagen auf den kolonialen Kriegsschauplätzen die unabwendbaren Konsequenzen zu ziehen, überlassen. Die Liberalen haben ebenso wenig Sehnsucht, alle Schuld auf sich zu nehmen, als sie im Stande sind, in den Worten die Politik der bisherigen Regierung zu billigen. Da die eiserne Faust Canovas' die zahlreichen Fraktionen, in die die spanische konservative Partei zerfällt, nicht mehr zusammenhalten kann, da ferner die Mißstimmung gegen die Politik der Regierung eine allgemeine ist, so kann das Kabinett Azcarraga sich in Parlamente nicht halten. Ein anderes konservatives Kabinett habe aber bei der Uneinigkeit der zahlreichen Führer dieser Partei keine besseren parlamentarischen Aussichten. Da nun die Liberalen genug Leute haben, die trotz der stürzenden Situation in Spanien noch immer nicht die Begierde nach Ministerposten unterdrücken können, so dürfte wohl ein Kabinett Sagasta zu Stande kommen. Die ersten Thaten dieser neuen Regierung würden sein die Abberufung des unpopulären Generals Weyler aus Cuba, die Verbanung der konservativen Parteiführer nach wohlthätigen Volkshospitälern in den europäischen Großstädten, die Auflösung der in ihrer Majorität konservativen Cortes und die Ausschreibung von bald vorzunehmenden Neuwahlen.

Misterkrise in Athen. In der Sitzung der griechischen Deputiertenkammer am Freitag legte Ministerpräsident Kalli die Friedensbedingungen vor. Dieselben, so führte er aus, seien sehr schwer; die Kriegentschädigung übersteige die Kräfte des Landes und die wirklichen Ausgaben des Friedens. Durch den Vertrag werde eine Finanzkontrolle eingeführt, die Privilegien der griechischen Unterthanen in der Türkei würden durch den Vertrag beeinträchtigt, und, um dem ganzen die Krone aufzusetzen, seien die Vertragsbedingungen vollstreckbar ohne Rücksicht auf vorherige Ratifikation derselben durch die Kammer und den König. Wenn die Stunde der Verantwortung schlagen werde, werde das Ministerium zu seiner Rechtfertigung nur anführen, daß die Vermittelung der Mächte unzuganglich war, weil die vorderrige Annahme dieser Vermittelung als Bedingung für die Niederlegung der Waffen gestellt war. Nach Barissa hätte nur noch ein Wahnsinniger die Fortsetzung des Krieges wollen können. Nachdem die Vermittelung der Mächte angenommen gewesen sei, seien die Feindseligkeiten bei Velestino, Domolo und Gribovo wieder aufgenommen worden, wofür der Türkei die Verantwortung zuzufallen. Kalli verlangte nicht, daß die Kammer den Vertrag annehme, aber daß sie ein Vertrauensvotum abgebe und ihre Arbeiten vertoge. Nachdem das besetzte Gebiet von den türkischen Truppen befreit und der Vertrag vollstreckt sein wird, wird das Kabinett beendet sein. Delyannis unterzieht alsdann die Art, mit der Kalli die Vertrauens-

frage stellt, einer Kritik; unglücklicherweise seien die Friedensbedingungen exekutorisch; der Friedensvertrag sei beschwerlich aber aufwendlich; er würde wünschen, daß das Ministerium nicht die Vertrauensfrage stelle, die Ausführung des Vertrages könne Anlaß zu Verwickelungen geben. Wir dürfen nicht die Verantwortlichkeit des Ministeriums auf uns nehmen. Hieraus stellte Kalli die Vertrauensfrage. 41 Abgeordnete enthielten sich der Stimmabgabe, wodurch sie gegen das Hervortreten von Parteizwist in der gegenwärtigen Krise protestiren wollten; 93 Abgeordnete stimmten gegen, nur 80 für das Kabinett.

Darauf gab das Ministerium seine Entlassung.

Ob Delyannis wieder an die Spitze des neuen Kabinetts treten wird, scheint zweifelhaft. Er, der den Krieg erklärt hat, wird nicht gern den traurigen Frieden unterzeichnen wollen. Wahrscheinlich wird einer seiner Anhänger, man nennt besonders Jaimis, den Vorsitz des neuen Ministeriums übernehmen.

Für den Friedensabschluss wird die Aenderung in der Regierung kaum von größerer Bedeutung sein, da jedes Ministerium, heiße es wie es wolle, unter den gegenwärtigen Verhältnissen genöthigt ist, den Frieden abzuschließen.

Nach der „Intern. Corresp.“ beabsichtigt König Georg nach Unterzeichnung des Friedens eine Nationalversammlung einzuberufen, welche, so wünscht der König, eine neue Verfassung beschließen solle. Es besteht der Wunsch, die gegenwärtige Verwirrung zu einer Beschränkung der Machtvollkommenheit des Parlamentes und zu einer Vermehrung der Kronrechte zu benutzen; besonders soll die Unabsehbarkeit der Beamten der öffentlichen Sicherheit und der Rechtspflege verfassungsmäßig festgelegt werden. Daneben soll der Einfluß des Parlamentes auf das Heerwesen und die Flotte völlig beseitigt und allen in Dienst stehenden Militärpersonen das aktive und passive Wahlrecht für das Abgeordnetenhaus genommen werden. Auch denkt man daran, neben die Kammer einen obersten Vertretungskörper, einen Senat oder Kronrath zu setzen.

Das griechische Volk dürfte sich trotz seiner schwierigen Lage eine solche reaktionäre Ausgestaltung seiner Verfassung nicht leicht gefallen lassen. Die freie Verfassung des kleinen Staatswesens trug wahrlich nicht die Schuld an seinem Unglück. —

Deutsches Reich.

Ueber unser handelspolitisches Verhältnis zur nordamerikanischen Union schreibt anscheinend offiziös die „Köln. Ztg.“:

„Der in der Form ziemlich kahlen Nachricht, Amerika beabsichtige, Deutschland den Abschluß eines Gegenständigkeitsvertrages vorzuschlagen, wird in der Presse zu viel Bedeutung beigelegt. Allem Anschein nach kann es sich bei diesem Gedanken nicht um einen das ganze Vertragsgebiet umfassenden Vertrag handeln, sondern nur um die Anwendung der amerikanischen Zollgesetzgebung, nach welchem Stapel gewisser Artikel Nordamerikas begünstigt werden können. An sich sind diese möglichen Begünstigungen so eng gefaßt, daß sie einen erheblichen Vortheil gar nicht darstellen; andererseits ist aber die Anwendung dieser Begünstigungsklausel an solche Bedingungen geknüpft, daß praktischer Werth ihr kaum zuzurechnen ist.“

Reichskanzler Fürst Hohenlohe und die Sonntagsruhe. Einige Bedientenblätter und andere Zeitungen, die „menntweg“ gegen die Sonntagsruhe kämpften, kolportirten unlängst ein Stückchen von einer polizeilichen Feststellung des Fürsten Hohenlohe und des Stuttgarter Oberbürgermeisters Mämelin, die bei einer Uebertretung der Sonntagsruhe mitgewirkt haben. Natürlich wurde das Geschichtchen dazu benützt, um zu beweisen, daß man die Sonntagsruhe abschaffen müsse, und daß niemand die erschrecklich vielen sozialpolitischen Gesetze im Deutschen Reich im Kopfe behalten könne. Nun ist aber, wie das „Vadblatt, amtliche Fremdenliste von Baden-Baden“ und die amtlichen Erhebungen des Sachverhaltes feststellen, die ganze Geschichte von Anfang bis zu Ende — erfunden. —

Dem Verherrlicher der Hohenzollern. In Dresden ist am Geburthstage Treitschke's lebhafte eine Gedenktafel mit Bistte von den Nationalliberalen angebracht worden. Dazu schreibt „Der Kamerad“, das offizielle Organ des sächsischen Militärvereins-Bundes: „Heinrich v. Treitschke wurde in Dresden am 15. September 1834 als der Sohn eines hochverdienten sächsischen Offiziers, des späteren Generalleutnants und Festungs-Lieutenant v. Treitschke geboren und trat 1856 im Juni gang in preussische Dienste, auch mit seinem Herzen und mit seiner Pens- und Schreibweise — ein politischer Renegat! Er vertrat nunmehr — preussischer denn je ein geborener Preuse — mit aller Schärfe seiner glänzenden Darstellung den schroffen parlamentarisch-preussischen Standpunkt. Ohne Rücksicht auf seinen alten, in hoher Stellung bestuhlenden Vater und ohne Mitleid für sein engeres unglückliches Vaterland, welches gerade in dieser Zeit so schwer litt, forderte er in seiner Schrift: „Ueber die Zukunft der norddeutschen Mittelstaaten“ (1866) nicht nur die Entthronung des edlen Königs Johann und der ganzen Dynastie, sondern auch die völlige Einverleibung Sachsens in Preußen. Daneben gedachte er des Königs Johann und des Kronprinzen Albert mit so wenig ehrerbietigen Worten, daß die ganze Veröffentlichung den Charakter einer recht bedauerlichen Schmähchrift annahm. ... Die Treitschke'sche inmitten der sächsischen Residenz ist zugleich ein Denkmal sächsischer vorurtheilvoller — Gemüthslosigkeit.“

Chronik der Eisenbahn-Unfälle. Die „Köln. Zeitung“ meldet aus Ohligs: Auf dem Bahnhofe Wald entgleisten heute Nacht von einem Güterzuge die Lokomotive und 8 Wagen. 2 Personen sind leicht verletzt. —

Der Umgang mit Menschen im Postdienste. In der Reichstags-Sitzung am 30. Januar d. J. war Genosse Singer in der Lage, eine Verfügung des Postdirektors in Oberhausen, Schilling, zu publiziren, in der von den Unterbeamten in der denkbar ordinärsten Weise gesprochen wurde. Ausdrücke, wie „Ochsen“, „Kielend saul“, „Lummerei“, „Stück Kind d'le“, und was dergleichen Lebenswürdigkeiten mehr waren, wurden von dem Herrn Postdirektor seinen Untergebenen an den Kopf geschleudert. Die Hoffnung, daß die öffentliche Brandmarkung seines Ungangskurses den Herrn Postdirektor zu einer Aenderung seines Betragens bewegen und daß die Postverwaltung den Herrn sich etwas aufs Korn nehmen wüßte, hat sich nicht erfüllt. Die „Deutsche Postz.“ veröffentlicht in ihrer Nr. 18 vom 1. Oktober eine ganze Kollektion von Ausdrücken, mit denen der genannte Herr die Beamten und Publikum sube er am 11. v. Mts. auf dem Bahnhof den Postassistenten J. mit „Hinogeros“, „Dämel“, „Schafskopf“ u. s. w. an; dem Aufsichtsbeamten Postassistenten H. empfahl er an demselben Tage mehr Energie an unter der lebenswürdigen Bezeichnung: „Schlafmache“. Einem anderen Beamten, der die Pausen am Telegraphenapparat zu seiner Weiterbildung benutzte, dröhnte er: „Ich hätte große Lust, Ihnen das Buch an den Schädels zu werfen.“

Austritte ähnlicher Art sollen sich häufig wiederholen. Ausdrücke wie „Schweineerei“, „alte Sau“, „alles Ferkel“ fliegen nur so umher.

Wird Herr v. Boddieski Veranlassung nehmen, dem Herrn das Handwerk endlich zu legen? Herr v. Stephan scheint es nicht möglich gewesen zu sein. —

In der Beleidigungsklage Leopold's von Belgien gegen den Redakteur des „Hamb. Echo“ steht am 11. Oktober Termin an. Es wird dann in erster Linie die Frage, ob der Strafantrag rechtmäßig gestellt ist, zur Erledigung kommen müssen. —

Gegen den Regierungsentwurf bezüglich der ärztlichen Ehrengerichte, der im nächsten Winter an den preussischen Landtag gebracht werden und den bisher freien Art einem Disziplinarricht unterwerfen soll, nach welchem in letzter Instanz abhängige Regierungsbeamte entscheiden, nimmt die „Voss. Ztg.“ in eindringlicher Weise Stellung: —

Der sich einbildet, die Kräfte seien über die Befahrer erhaben, wegen ihrer politischen Stellung von einem Besonderen eines Oberpräsidenten angeklagt und von einem Obergerichtshof, dessen Rehrheit vom Minister ernannt ist, verurteilt zu werden, für den enthält die Geschichte allerdings keine Lehren. Mit Recht aber ist gesagt worden, Gesetze habe man nicht im Gefühl der Vertrauenslosigkeit, sondern mit schlechten Zeiten und schlechten Menschen vor Augen zu machen. Man soll auch die Regierung nicht in Versuchung führen. Man soll ihr nicht die Mittel geben, Mitglieder eines freien Standes zu verfolgen. Es können Zeiten kommen, in denen eine Regierung schwach ist und sich der sie herantretenden Anforderungen nicht zu erwehren weiß. Die Kräfte, die jetzt noch Obergerichten schreien, binden sich eine Nadel, mit der sie vielleicht selbst einmal geschädigt werden; denn die Welt ist rund und muß sich drehen, und niemand weiß, wer in zehn Jahren am Ruder und an der Gewalt ist. Niemals war es wichtiger, die Freiheit vorsichtig zu schützen, als heute. Wenn aber wirklich die Kräfte, statt sich einmütig gegen diesen Gesetzesentwurf auszusprechen, seine Annahme förderten, dann träte auf sie das Taciteische Wort zu, das sie weit eiferten, ihre Freiheit preiszugeben: Ruere in servitium (stürzen sich selbst ins Joch). —

Agararisches Know-nothingthum. Das Organ „Korrespondenzblatt“ des „Bundes der Landwirthe“, richtiger der Großformwucherer, schreibt in bezug auf unseren neulichen Artikel „Nieder mit dem Großformwucher!“:

„Aus dem Umstand, daß die Getreidepreise in Deutschland eine Zeit lang sich nicht so rasch gehoben hätten, wie auf dem Weltmarkt, namentlich in Chicago, erhelle, daß der Terminhandel, der jetzt in Deutschland verboten ist, in Chicago zu aber noch besteht, an dem Steigen der Getreidepreise schuld sei, und nicht die Kornzölle.“

O heiliger Blöth! Aber haben die Herren Großformwucherer nicht gerade deshalb den Terminhandel abgeschafft (oder abschaffen wollen), weil er, ihrer sinnreichen Vorstellung nach, aus jüdischer Bosheit gegen die ehrlichen, an der Börse höchstens versuchsweise spekulirenden Junker die Getreidepreise künstlich herabdrückte! Hätte die Börse das vermocht, was jetzt das osteleibische Junkerthum sich von Chicago einbildet, das heißt hätte sie die Getreidepreise zu Theuerungshöhe hinauf gedrückt, die christlich-germanische Blöth-Garde wäre den Terminhändlern mit inbrünstiger Bärtlichkeit um den Hals gefallen.

Nein — es ist, wie wir sagten: nur die ägyptische Finsterniß in den Junkerschädeln schuld daran, daß agrarische Demagogen und die von ihnen genossene Landwirthe eine Zeit lang unter dem Weltmarktpreis ihr Getreide verkaufen mußten. Das ist übrigens ein Pech, das manchmal auch den bürgerlichen Kleinformwucherern zustoht. Herr Blöth kann sich also trösten.

Was endlich die Wirkung der Kornzölle betrifft, so hat dieser Herr von seinen „Versuch“-Börsenspekulationen wohl noch so viel übrig, daß er einmal nach Brüssel fahren kann. Dort hatte er sich acht Tage lang auf und notire seine Wirthschaftsrechnungen sowie sonstigen Ausgaben und vergleiche sie mit den Berliner Preisen. Er wird finden, daß in Brüssel alles, und besonders alle Lebensmittel billiger sind als in Berlin und anderen deutschen Städten und zwar im Betrag von mindestens 20 pCt. Was hier eine Matl., kostet dort einen Franz. Die Differenz — das sind die Lebensmittel-Zölle, welche die Belgier sich nicht haben aufhalten lassen.

Begrüßung, Herr Blöth! —

— Die Amtsenthebung des Ortsvorstehers Schulte in Rahm wegen „Bekämpfung sozialdemokratischer Bestrebungen“ findet Billigung bei den Organen, welche alles gut befinden, was gegen die Sozialdemokratie unternommen wird, gleichgültig, ob es gesetzlich ist oder nicht, ob es den verfolgten Zweck erreichen kann oder nicht. So sagt die „Kreuz-Zeitung“:

„Ein öffentlicher Beamter hat die Rechtspflicht, jede Handlung zu vermeiden, die der Würde seines Amtes nicht entspricht, und wenn er dieser Pflicht nicht genügt, so hat das Disziplinargericht die Aufgabe, Remedur eintreten zu lassen.“

Vernünftige Blätter urtheilen natürlich anders, so schreibt z. B. die „Germania“:

„Soll in solcher Weise etwa der Kampf gegen die Sozialdemokratie geführt werden, daß man die Leute obdachlos zu machen sucht? Und dann bedenke man einmal die Konsequenzen einer Auffassung, wie sie das Urtheil des Kreis-Anschusses enthält. Die Stadt Berlin ist Eigenthümerin einer größeren Anzahl von Gebäuden, in denen durch den Magistrat Wohnungen vermietet werden; es ist nicht zu bezweifeln, daß unter den vielen kleinen Leuten, die zu den Mietern gehören, auch Sozialdemokraten, vielleicht sogar sozialdemokratische Agitatoren sind. Will man deshalb gegen den Berliner Magistrat oder den betreffenden Deputirten derselben eine Disziplinaruntersuchung einleiten? Hat nicht auch jeder Privatmann Nachtheile zu fürchten, der durch Vermietung von Wohnungen an Sozialdemokraten sich wegen Bekämpfung der Sozialdemokratie bei der Behörde „politisch verächtlich“ macht? Kann nicht auch der Wirth mit Konzessionsentziehung bedroht werden, wenn er einen Saal zur Abhaltung von sozialdemokratischen Versammlungen vermietet? Solche Art des Kampfes gegen die Sozialdemokratie läuft schließlich auch auf eine Förderung derselben hinaus, und da möchte man, wenn man die letzten Konsequenzen ziehen will, auch die Beamten disziplinarisch zur Rechenschaft ziehen, welche durch Mißgriffe der Sozialdemokratie gefördert sind.“

— Preussische Gemeindefreiheit. Verschiedene deutsche Städte, darunter auch einige preussische, haben zur Untersuchung der Lage der ärmeren Bevölkerung ihres Bezirks sogenannte soziale Kommissionen eingesetzt, die den Gemeindefolgen bei Erörterung sozialpolitischer Angelegenheiten der Gemeinde mit ihren Erfahrungen zur Hand zu gehen haben. In der Rheinprovinz ist die Bildung solcher Kommissionen von Regierungswegen empfohlen worden. Was drüben am Rhein und in Süddeutschland die Rechts- und Gesellschaftsordnung nicht aus den Fugen dringt, das ist aber in der Provinz Sachsen gescheitert. In Raumburg an der Saale erklärte der Oberbürgermeister Kraay die Einsetzung einer Kommission zur Vor- und Durchberatung sozialpolitischer Angelegenheiten, soweit diese die Stadt betreffen, für ungesetzlich, weil die Stadtverordneten-Versammlung sich mit Politik nicht zu befassen habe. Der Stadtverordnete Schwanitz, der die Sache anregt hatte, wandte sich nun an den Oberpräsidenten Herrn v. Pommer-Esche und dieser antwortete nach vier Monaten zu Ungunsten des Anfragenden.

So geschehen in demselben Staate, der bekanntlich einst „an der Spitze der Sozialreform“ marschirte!

— Der bayerische Etat bilanzirt mit 872 167 595 M., d. h. gegenüber dem Budget für die 24. Finanzperiode mehr 28 811 090 M.

Die Einnahmen setzen sich zusammen aus 24 000 M. außerordentlichen und 372 143 595 M. ordentlichen. Unter letzteren befinden sich die direkten Steuern auf 82 100 000 M. (+ 538 000 M.), Erbschaftsteuern und Stempelabgaben 28 508 200 M. (+ 2 040 000 M.), Zölle und indirekte Steuern 86 669 590 M. (+ 4 643 480 M.), Bergwerks-, Hütten- und Salineneinnahmen 7 979 975 M. (+ 470 911 M.), Staats-Eisenbahnen 143 694 690 M. (+ 17 698 469 M.), Post- und Telegraphenverwaltung 31 022 606 M. (+ 3 993 798 M.), Leistungen der preussischen Eisenbahnen 300 000 M. (+ 300 000 M.); Mindereinnahmen ergaben die Grundsteuern von 6 028 800 M. (— 1 188 808 M.), Forst-, Jagd- und Fischzölle 30 550 800 M. (— 714 200 M.) und der Etat für Detonomen und Gewerbe 2 206 771 M. (— 140 412 M.).

Die Ausgaben setzen sich zusammen aus 361 804 532 M. ordentlichen und 10 563 063 M. außerordentlichen. Nebenabgaben erfordern insbesondere die Staats-Eisenbahnen mit 99 121 879 M. (+ 13 487 889 M.), Post- und Telegraphenverwaltung 28 657 895 M. (+ 3 748 880 M.), die Staats-Justizministeriums 16 819 929 M. (+ 1 284 680 M.), des Ministeriums des Innern 24 402 377 M. (+ 1 020 941 M.), des Kultus-Ministeriums 27 782 974 M.

(+ 1 452 530 M.), der Etat für Reichszwecke 56 587 800 M. (+ 4 608 564 M.), der Pensionsetat 10 282 816 M. (+ 1 316 688 M.). Minderausgaben ergeben sich für den Etat der Staats-Schuld, der sich auf 47 845 410 M. (— 3 113 840 M.) stellt. —

— Den Epithetonen Mankor-B. Präsident verdient wohl der von Liberalen und Christen gemeinsam gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Bauernbündler und Freimüthigen erwählte Präsident der bayerischen Abgeordnetenkammer, Walthor; hat er doch in seiner Dankrede nach seiner Wahl gesagt:

„Die bayerische Kammer dürfe sich glücklich schätzen, eine Geschäfftsordnung zu besitzen, die es ermöglichte, Ausreitungen vorzugeben.“

Ein Gendarmen-Korporal hätte das auch nicht besser treffen können. —

— Die bayerischen Bauernbündler haben einen Antrag auf gänzliche Aufhebung der Bodenzinse eingebracht. —

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung verhaftet wurde in Potsdam bei Ankuft des Zuges Berlin-Brandenburg ein Passagier, der mit einem andern Reisenden während der Fahrt in einen Wortwechsel gerathen war und sich im Verlaufe desselben einer Majestätsbeleidigung schuldig machte. —

— Der Kolonialrath dürfte voranschicklich Ende dieses Monats, spätestens in den ersten Tagen des November, zu einer Sitzung einberufen werden. —

Ceslerreich.

Wien, 1. Oktober. Der dem Reichsrathe heute unterbreitete Staatsanschlag für 1898 weist ein Gesamterforderniß von 715 920 827 fl. (ca. 1200 Millionen M.), eine Gesamtbedeckung von 719 900 282 fl., somit einen Ueberschuß von 3 979 455 fl. auf, welcher den vorjährigen Ueberschuß um 8 068 017 fl. übersteigt. Hierbei ist die voraussichtliche Steigerung des Aufwandes für gemeinsame Angelegenheiten bereits nach Möglichkeit berücksichtigt. Das Gesamterforderniß übersteigt das vorjährige um 26 776 126 fl., die Gesamtbedeckung erhöhte sich gegen das Vorjahr effektiv um 30 745 143 fl., wovon auf die Erhöhung der direkten Steuern 8 702 800 fl., auf die Erhöhung der Zölle 4 122 344 fl. und auf die Erhöhung der indirekten Abgaben 2 234 286 fl. entfallen. Die Einnahmen aus dem Lotto vermindern sich um 349 000 fl., diejenigen aus dem Staatsbahnen-Betriebe erhöhen sich um 5 562 280 fl.

Das Investitions-Budget für 1898 beansprucht netto 27 685 780 fl., gegen das Vorjahr mehr 2 838 540 fl. Unter den Investitionsstellen sind hervorzuheben: für Kasernenbauten für die Landwehr in Dalmatien und Galizien und für neue Eisenbahnlinien insbesondere in Galizien und Dalmatien 6 808 000 fl. und für Bahnbetriebsmaterial (erste Rate eines Gesamterfordernisses) von 10 220 000 fl. 3 407 800 fl. —

Wien, 1. Oktober. (Magdeb. Zig.) Das kerisole Zentrum hat den andern Klaus der Rechten einen Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Ehrengerichts unterbreitet, vor welchem Abgeordnete, die beleidigende Aeußerungen thun oder sonstwie die Würde des Parlamentes verletzen, zu stellen wären. In besonders schweren Fällen soll das Ehrengericht den Mandatsverlust aussprechen können. Der Vorschlag hat wenig Aussicht auf Verwirklichung. —

— Eine dumme Affikulation. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ brachte Sonntag aus Lemberg ein Telegramm, wonach „der Obmann des sozialdemokratischen Vereins, Dr. Diamond, dem Ministerpräsidenten Grafen Badeni anlässlich des Duells seine tiefste Theilnahme ausgesprochen hätte“. Die Nachricht war, wie für jeden denkenden Menschen klar ist, selbstverständlich erwidern. Da eine Reihe sonst vernünftig redigirter Zeitungen im Reiche auch diese falsche Mittheilung gebracht haben, nehmen wir Anlaß, vorstehendes Dementi zu reproduciren. —

Frankreich.

Paris, 30. September. (Fig. Ver.) Nach mehrmonatlichem Schwanken hat sich endlich die Regierung entschlossen, den Generalgouverneur von Algerien, Jules Cambon, des Amtes zu entheben. Das ist ein Erfolg der korrupten opportunistischen Abgeordneten Algeriens und der algerischen Phosphatschwinder, wela' letztere gleich nach dem Regierungsantritt des Kabinet Meline vor dem Strafgericht gerettet worden waren. Cambon ist ein weißer Hahn im opportunistischen Beamtenpersonal. Während seiner sechsjährigen Verwaltung kämpfte er tapfer gegen die Mächte des algerischen Abgeordneten-Klängels, der sich in der Hauptsache aus die unsklavirten jüdische Wüsterisiererte. Die Miswirtschaft hat schließlich innerhalb der eingewanderten französischen Bevölkerung eine starke antisemitisch-radikale Strömung hervorgerufen, was in den letzten Jahren in der Wahl von drei oppositionellen Abgeordneten und eines oppositionellen Senators zum Ausdruck kam. Die Wiederwahl der vier multiethnophosphatischen Abgeordneten im nächsten Frühjahr war um so ernstlicher bedroht, als Cambon die Einbürgerung einer großen Anzahl nicht naturalisierter Juden in die Wählerliste ridrigung gemacht hatte. Man wird der ehrliche Beamte und mit ihm die Interessen der algerischen Volksmasse dem Wohlthun der algerischen Deputirten, worunter die auch im Sudan-Schwindel kompromittirten Abgg. Etienne und Thomson, geopfert. . . Herr Meline wollte nun eine brutale und dabei doch willig seinen Befehlen gehorchende Faust an die Spitze der algerischen Verwaltung setzen. Er ernannte, und zwar ganz offiziell durch ein im Amtsblatt veröffentlichtes Dekret des Präsidenten der Republik, zum neuen Generalgouverneur Herrn Lojé, den ehemaligen hupid-brutalen Polizeipräsidenten von Paris (Tödtung Niger's 1893 während der Attacke der Zentralbrigaden auf die radamachenden Studenten), der selbst von einem Dupuy abgelöst werden mußte. Seitdem hat er sich, zum Wohlthun der algerischen Bevölkerung, auch als total unfähiger Diplomat gezeigt. That nicht! Um die Wiederwahl der Etienne und Thomson mit den schäblichsten Mitteln zu sichern, ist Lojé gerade der richtige Mann.

Nun ist aber der ganz erstaunliche Fall eingetreten, daß Herr Lojé nach der Publikation im Amtsblatt sich weigert, den ihm zugedachten Posten auch anzunehmen. Als sollte einem Lojé wäre die ihm von Meline zugedachte Aufgabe zu schimpflich und zu unehrenhaft. Das Kabinet Meline ist so aufs gründliche blamiert. Die Fremde des Kabinet fürchten die algerischen Debatten in der Nationalversammlung. Jedenfalls hat Herr Lojé seinem Meister den schlechtesten Dienst gethan! —

Paris, 1. Oktober. In der Nähe der kürzlich vom Genietorps neuerbauten Abdou-Bridge bei Tarbes explodirte eine Bombe. Der Sachschaden ist unbedeutend. Polizeibeamte vermuthen wie immer einen anarchisistichen Anschlag. Die binkeenden Boten stellen solche Dinge in der Regel weit harmloser dar. —

— Der französische Minister des Aeußern Ganotaz hat dem Premierminister Lord Salisbury vorgeschlagen, wiederum eine Kommission zur Prüfung aller zwischen Frankreich und England noch schwebenden westafrikanischen Fragen zu ernennen, um diese Fragen der endgültigen Erledigung zuzuführen. Die britische Regierung ist gleichfalls von dem Wunsche einer besriedigenden Lösung dieser Fragen beseelt und es ist wahrscheinlich, daß die beiderseitigen Kommissionen an einem nahen Zeitpunkt zusammentreten. —

Italien.

Rom, 28. September. (Fig. Ver.) Das Ministerium Rubini neigt immer mehr nach rechts. Der Austritt des Unterrichtssekretärs Ranchetti und der Galibertis aus dem Ministerium und die Ernennung Codronchi zum Unterrichtsminister sind die Marksteine dieses Zuges nach rechts. In eine günstigere Position hat Rubini sein Ministerium damit nicht gebracht, dem die Gruppen Zanardelli und Cavallotti sind dadurch gekürzt worden, sie werden sofort bei Eröffnung der Kammer den Kampf beginnen.

Die Ueberrnahme des Unterrichtsministeriums durch Codronchi, eine ungebildeten, brutalen Kraftmenschen, hat sehr böses Blut selbst in den Reihen der Konserverativen gemacht. Wenn, wie es heißt, die beiden oben genannten Staatsminister durch Infinito und Jani er-

setzt werden sollten, dann wäre der Marsch Rubini's nach rechts ein vollständiger und unverhüllter. Die letzte in Beziehung zum Unterrichtsministerium an Prof. Marinielli abgetreten werden, an einen Mann, der sich durch großes Wissen auszeichnet. Andererseits muß zugegeben werden, daß der unwillkürliche, brutale Codronchi, der geeignetste Vertreter des in Italien herrschenden Unterrichts-Systems ist.

Subriani's Zustand ist hoffnungslos, für den politischen Kampf ist er für immer verloren. —

Spanien.

— Der spanische Kreuzer „Destructor“ wird während der Dauer der Verhandlungen über die durch die Piratenthat hervorgerufenen Schwierigkeiten zur Verfügung des spanischen Befandes in Tanger gehalten werden. Wie aus maurischer Quelle gerüchtweise verlanet, sind die auf Freilassung der Gefangenen gerichteten Unterhandlungen des Gouverneur's Stellvertreters erfolgreich. —

Asien.

— Vom indischen Kriegsschauplatz. Nach einer Meldung des „Meuter'schen Bureau“ aus Simla hat der Emir von Afghanistan Befehl ertheilt, alle Führer des Afridi-Stammes, die in Kabul erscheinen sollten, schzuznehmen. — Aus Peshawar wird dem „Meuter'schen Bureau“ gemeldet, die Afridi hätten auf eine bengalische Kavallerie-Patrouille in der Nähe von Barra geschossen; ein Mann der Patrouille sei getödtet worden. —

Afrika.

Nombasa, 1. Oktober. Die ersten 100 Meilen der neuen Uganda-Eisenbahn sind angebaut. —

Amerika.

— Die Vereinigten Staaten und der kubanische Zustand. Mac Kinley soll gegenüber einem ihn besagenden Senator erklärt haben: „Bisher haben wir an Spanien weder ein Ultimatum gerichtet, noch ihm die Zeit vorgeschrieben, binnen deren es auf Kuba den Zustand des Friedens wieder herstellen soll. Unser Vertreter in Madrid, General Woodford, war angewiesen, den Spaniern die eiserne Hand vorläufig noch in einem Sammethandschuh darzulegen. Wir werden alle abwarten, ob man in Madrid den Blut verstanden hat.“ Bezüglich der Stimmung in den Vereinigten Staaten erklärte der Präsident: „Es war mir gelungen, das Repräsentantenhaus und den Senat während der letzten Session von weitergehenden Beschlüssen bezüglich Kuba's noch zurückzuhalten, ob mir das nach ein zweites Mal gelingen wird, erscheint mir zweifelhaft. Bereits aus 19 Staaten liegen mir Erklärungen vor, wausch man eine fernere Zurückhaltung gegenüber der kubanischen Wirren als eine Unzulänglichkeiten ansehen würde.“

Partei-Anschichten.

Für den rheinischen Wahlkreis Arefeld wurde in einer Parteiverammlung in Arefeld der Genosse Volkmann mit großer Mehrheit als Reichstags-Kandidat aufgestellt.

Bei der Landtagswahl in Emsfeld siegte der Gegner über unseren Genossen Hofmann mit nur 16 Stimmen Mehrheit (bei der vorigen Wahl mit 18 Stimmen). Wie unser dortiges Bruderorgan, das „Volksblatt“ mittheilt, haben ca. 120 Arbeiter, die in der Liste standen, nicht gewählt, und mindestens 600 Arbeiter hatten verhindert, die meiningische Staatsangehörigkeit zu erwerben. Ungelebt liegt die Sache in Gräfenthal-Lehesten und Steinach-Lauscha, wo unser Kandidat mit wenig Stimmen Mehrheit den Sieg erlangt.

Bestimmlich entscheiden auch bei den Reichstagswahlen oft nur wenige Stimmen den Sieg. Da die Zusammenfassung des nächsten Reichstags für die politischen Verhältnisse von besonderer Wichtigkeit sein wird, so empfiehlt es sich, bei der Agitation schon jetzt das Hauptgewicht mit darauf zu legen, daß wenn der Wahltag gekommen, keiner unserer Anhänger der Urne fernbleibt.

Volksrechtliches, Gerichtliches re.

Was die deutsche Justiz alles fertig bringt. Das Schöffengericht in Schlawe (Hinterpommern) hat den Schuhmacher Herrmann aus Köllin wegen gewerbdmässiger Verbreitung von Druckschriften (er hatte in verchiedenen Orten den „Pommer“, eine periodische Druckschrift, vertheilt) zu drei Wochen Haft verurtheilt. Ist schon die Verurtheilung zu Haftstrafe befremdlich, da nach § 148 der Gewerbe-Ordnung nur auf Geldstrafe erkannt werden darf, für welche im Unvermögensfalle Haftstrafe tritt, so muß noch mehr Staunen die eigenartige Begründung des Urtheils erregen. Bei Abmessung der Strafe, so heißt es in dem Urtheil, war als erschwerend zu berücksichtigen, daß der Angeklagte im Dienst einer Partei steht, welche auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaft mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln hinarbeitet, und daß die vertheilte Druckschrift sich offen als eine sozialdemokratische bekennt, femer ganz besonders, daß der Angeklagte, der in Köllin wohnt und dort das Schuhmachergewerbe betreibt, es unternommen hat, das Oist der Sozialdemokratie in einer bisher noch unberührt gebliebenen Stadt zu verbreiten. Der Angeklagte erscheint somit als ein gewissenloser und gemeingefährlicher Agitator, der, anstatt seinem Gewerbe nachzugehen, Unfrieden und Gehässigkeit in ruhigen Bevölkerungsklassen verbreitet. Mag er selbst auch von der Vortrefflichkeit seiner Partei überzeugt sein, soll er doch die Verbreitung einer Stadt, die nichts von seinem Treiben wissen will, in Ruhe lassen.

Daß man jemand, schreibt der Stettiner „Volksbote“ mit Recht, der nichts weiter gethan hat, als eine sozialdemokratische Druckschrift zu vertheilen, die im übrigen gar keinen strafbaren Inhalt hat, als einen gewissenlosen und gemeingefährlichen Agitator bezeichnet, das ist einfach unerhört. Es geht das Gericht auch garnicht an, ob Herrmann das Schuhmachergewerbe betreibt oder das „Oist“ der Sozialdemokratie in der noch unberührten Stadt verbreitet. Ueberhört ist Schlawe aber nur nach Annahme des Gerichts. In Wirklichkeit sind schon bei der letzten Reichstagswahl in Schlawe sozialdemokratische Schriften abgegeben worden, und wir können versichern, daß auch jetzt die Verbreitung der sozialdemokratischen Schriften sehr gern genommen und noch mehr verlangt hat. Das Gericht ist also auf dem Holzwege, wenn es glaubt, die Bevölkerung wolle von dem Treiben nichts wissen.

— Im Prozeß der Verwaltung der Wöllberger Mühle gegen das „Volksblatt“ für Halle war der verantwortliche Redakteur Genosse Mannigel wegen Beleidigung zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt, der als angeblich eigentlicher Thäter mitangeklagte Redakteur Genosse Adolf Thiele freigesprochen worden. Mannigel legte gegen seine Verurtheilung und die Staatsanwaltschaft gegen die Freisprechung Thiele's Revision beim Reichsgericht ein. Das Landgericht in Halle hatte festgestellt, daß Thiele nicht der Redakteur war, der die gesetzliche Verantwortung für die Artikel gegen die Wöllberger Mühle zu tragen hatte. Bei der Revision des Staatsanwalts handelte es sich nun um die Frage, ob für den Inhalt einer periodischen Druckschrift strafrechtlich derjenige verantwortlich ist, der seinen Namen als den des verantwortlichen Redakteurs auf das Blatt drucken läßt, oder derjenige, der die Redaktionsarbeit regelmäßig oder zeitweise besorgt. Der Ober-Regionalanwalt beauftragte die Verurteilung gegen die Revisionen. Die Frage sei noch immer unstritten, ob verantwortlicher Redakteur der sei, dessen Name mit seinem Willen auf dem Blatte steht, oder der, welcher thatsächlich redigirt. Er, der Ober-Regionalanwalt, würde sich für die erste Alternative entscheiden, denn es sei sehr schwer zu entscheiden, wer die verantwortliche Redaktion wirklich ausübt hat. Nach dem Zusammenhange des Prozeßes werde im § 7 unter dem verantwortlichen Redakteur etwas anderes verstanden als im § 20. Wenn der Staatsanwalt in seiner Revisions-Schrift meine, als

verantwortlicher Redakteur habe der zu gelten, der maßgebenden Einfluss auf die Zusammenstellung des Blattes ausübe, der die meisten Artikel schreibe etc., so komme man damit in's Nebelhaftige. Ein Plenarbeschluss über die Streitfrage sei jetzt nicht erforderlich, da die thatsächliche Feststellung, dass Mannigel verantwortlicher Redakteur sei, nicht beanstandet werden könne. Wenn Mannigel in seiner Revision rüge, dass der Rechtsfall ne bis in idem (wonach man nicht zweimal wegen derselben Sache bestraft werden kann) verletzt sei, so gebe diese Beschwerde fehl, da die Beleidigung, wegen deren der Angeklagte jetzt verurtheilt ist, eine andere That sei als die Bspottottung der Wollberger Mühle. — Das Reichsgericht verwarf beide Revisionen, indem es sich in der Hauptsache den Ausführungen des Ober-Reichsanwalts anschloss.

Durch eine Mitteilung über die Behandlung von Dienstmädchen sollte der verantwortliche Redakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, Genosse Nijtsche in Dresden, den Wollberghändler S. u. G. beledigt haben. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung, da Genosse Nijtsche den Wahrheitsbeweis führte. Dagegen wurde er wegen Beleidigung des Wander-Theater-Direktors Unger zu 50 M. Geldstrafe und 100 M. Busse verurtheilt, weil er nach dem „Vornachrichten Anzeiger“ — einem Amtsblatt — mitgeteilt hatte, Unger, der im Konkurs ist, sei durchgebrannt.

Wegen angeblich öffentlicher Verbreitung eines Flugblatts hatten die Parteigenossen Klement, Breede und Brach in Kaiserlautern Strafmandate empfangen, die für ersteren auf 8 Tage Gefängnis und 30 M. Geldstrafe, für die beiden letzteren auf je 15 M. Geldstrafe lauteten. Das Schöffengericht sprach alle 3 Genossen frei.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

In dem Rechtsstreit der Buchdrucker Gsch, Seyfert, Kressin, Guth und Kunath gegen den Zentralvorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker betreffend den Ausschluss der Genannten aus dem Verband wurde gestern das Urteil publiziert. Die Kläger, welche ihren Ausschluss für statutenwidrig und sowohl formell wie materiell für unzulässig halten, wollten bekanntlich im Wege der Zwangsmaßnahme den Verband zwingen, ihre Mitgliedschaft anzuerkennen. Das Gericht wies die Kläger ab. Es hielt die formellen Einwände derselben für unbegründet und erachtete den Ausschluss aus materiellen Gründen für gerechtfertigt, indem es sich namentlich auf den § 1 des Verbandsstatuts berief, welcher u. a. sagt: „Zur Erreichung des Zweckes dienen insbesondere: ... strenge Durchführung und Aufrechterhaltung der vom Vorstand des Verbandes als maßgebend anerkannten Bestimmungen in Bezug auf Arbeitspreise und Arbeitszeit.“ — Eine solche Bestimmung im Sinne dieses Paragraphen sei die Tarifgemeinschaft. Zudem die Kläger gegen dieselbe agitirt haben, hätten sie den Zweck des Verbandes zuwidergehandelt, und sei der Ausschluss also ein rechtmäßiger.

Die Aufschrift der Firma Veswan u. Anauer wird von den Kabipuyern dahin richtiggestellt, dass ein Theil der dort Beschäftigten, denen die Forderung bemittelt worden war, die Arbeit doch mit niederlegten, um ihren schlechter gestellten Kollegen zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Das Spandauer Gewerkschaftskartell beschloss in seiner letzten Sitzung, die für den letzten Januararbeiterzeitung ausgegebenen Listen wieder einzuliefern, da der Streik beendet ist. Die englischen Achtstundentag-Kämpfer sollen nach Kräften unterstützt und zu diesem Zwecke Sammellisten herausgegeben werden. Regelmäßige Sitzungen sollen an jedem Dienstag nach dem 8. stattfinden; außerdem sollen Entschuldigungen jederzeit je nach Bedarf einzureichen werden. Mit Entschuldigung fehlte der Delegirte der Brauer.

Deutsches Reich.

Eine Zentralherberge beabsichtigt die Nürnberg-Gewerkschaften demnächst nach dem Muster des Stuttgarter Gewerkschaftshauses ins Leben zu rufen. Als Platz ist die Gegend dicht am Bahnhof im Zentrum der Stadt in Aussicht genommen.

Bei der Gewerbebeiratswahl in Dessau erhielten die Kandidaten der Arbeiterpartei in der Klasse der Arbeitnehmer sämtliche abgegebenen Stimmen. Die Arbeitgeber brachten es in ihrer Gruppe auf drei Stimmen.

Schwerste Strafe dem, der seinen Nächsten an freier Arbeit hindert. Unter dem Eindruck dieses Ausspruchs wird der Kampf gegen die Gewerkschaften geführt. Die einen wollen das bürgerliche Koalitionsrecht, das den Arbeitern zusteht, durch neue Gesetzesbestimmungen verkümmern, die anderen suchen die gleichen Ziele durch inoffizielle Auslegung der bestehenden Strafbestimmungen gegen die Arbeiter zu erreichen. Infolge von Denunziationen seitens Arbeitgeber hat jetzt die Hamburger Staatsanwaltschaft, die bekanntlich während des großen Fabrikarbeiterstreiks großes in freihandwidriger Auslegung des § 153 der Gewerbe-Ordnung leistete, Anklagen aus diesem samosen Paragraphen gegen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter erhoben, die von ihren Mitarbeitern forderten, sie sollten dem Gewerkschaftsverband beitreten, und falls sie sich weigerten, dem Arbeitgeber erklären, mit unorganisierten Arbeitern wollten sie nicht zusammen arbeiten, sondern lieber auf die Arbeit verzichten. Die Hamburger Staatsanwaltschaft bedrückt dabei: der Zweck der Gewerkschaften ist die Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Dieser Zweck ist von den Mitgliedern verabredet. Wenn die organisierten Arbeiter nun sagen, sie wollen mit Unorganisierten nicht arbeiten, so ist das eine Herabsetzung der Unorganisierten in der Achtung der Mitmenschen, also eine Ehrverletzung, durch die die Unorganisierten veranlaßt werden sollen, an den im Statut der Gewerkschaften fixierten Verbindungen theilzunehmen, was nach § 153 Gewerbe-Ordnung strafbar ist. Man darf begierig sein, ob dieser, zumindest recht modern-juristischen Interpretationskunst der Anklagebehörde die Hamburger Gerichte beitreten werden. Bisher sind von den erhobenen Anklagen noch keine zur gerichtlichen Verhandlung gekommen, jedoch steht für Ende Oktober schon Termin in einer solchen Sache an, so daß der Richter, der über die Eröffnung des Hauptverfahrens zu beschließen hatte, der Auffassung der Staatsanwaltschaft beigetreten sein muß.

Das hanseatische Oberlandesgericht hatte über eine Revision zu verhandeln, die von dem verantwortlichen Redakteur des „Hamburger Echo“, W. Wabersky, gegen ein Urteil des Landgerichts Hamburg eingelegt war wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt. Die Verurtheilung war erfolgt auf Grund eines während des Fabrikarbeiterstreiks an dem Befestigungs eingedankten Sprechsaal-Artikels, in dem den Söhnen einiger Hamburger Schanzenarbeiter vorgeworfen wurde, sie machten Streikbrecherarbeit. Das Oberlandesgericht verwarf auf Antrag des Oberstaatsanwalts die Revision als unzulässig mit der Begründung, daß zwar die thatsächliche Feststellung des landgerichtlichen Urtheils, für die weitere Gründe nicht angegeben seien, zu bedenken Anlaß gäbe, da aber die Feststellung genüge und daß Urtheil auf thatsächlichem Gebiet einer Nachprüfung des Revisionsgerichts nicht unterliege, sei auf Verwerfung der Revision zu erkennen gewesen.

Die Streikenden der Stüwer'schen Fahrradfabrik in Stettin haben in einer Versammlung beschlossen, dem Fabrikanten einen ausgearbeiteten Lohnzettel vorzulegen. In diesem Tarif sind die bisher gezahlten Löhne um 10-15 pCt. herabgesetzt. Die Streikenden sind aber gewillt, auf diese Forderung zu beharren. Der Fabrikant hatte für einige Theilarbeiten Abzüge bis zu 50 pCt. angekündigt.

Die unmothivirt oft Lohnabzüge gemacht werden, zeigt wiederum der Ausstand der Arbeiter in den Vereinigten Gummiwarenfabriken in Harburg. Im letzten Geschäftsjahre erzielte die Gesellschaft einen Reingewinn von 1.300.000 M., d. h. pro Arbeiter berechnet, hatte jeder 1000 M. zu diesen Geschäftsergebnissen beigetragen. Damit scheinen nun die Leiter des Unternehmens, vor allem Herr Senator Maret nicht zufrieden zu sein, denn den

Arbeitern der Abteilung, in der die Fahrrad-Mantel hergestellt werden, wurde eine Lohnreduktion von nahezu 48 pCt. zugemutet. Den Arbeitern wird deshalb in der Abwehr dieser Zumuthung in weiten Kreisen der Bevölkerung lebhafteste Sympathie entgegengebracht.

Die Kammacher der Firma Dentisch u. Purkitt in M o h s d o r f bei Burgstädt haben die Arbeit eingestellt. Die Arbeiter verlangen 80 Pf. Stundenlohn, während ihnen vom Fabrikanten nur 25 Pf. gewährt wurden. Zugang ist ferngehalten.

Aus dem schlesischen Bergrevier. Der Ausstand auf der Hohenjollergrube endete mit einem Siege der Arbeiter, denen die geforderte Lohnerhöhung bewilligt wurde. Die Belegschaften anderer Gruben verlangen dieselbe Lohnzulage und sind entschlossen, diese durch Ausstände zu erkämpfen. Veranlaßt wurde die Bewegung durch die rapide Steigerung der Lebensmittelpreise.

Wie weiter gemeldet wird, ist auf der Grube „Baukowa“ bei Sosnowice ein allgemeiner Ausstand ausgebrochen.

Ausland.

Zum Kampfe der englischen Maschinenbauer. Die Ausschüßten auf eine Verständigung der streitenden Parteien sind wieder einmal näher gerückt. Die Maschinenbauer haben sich zu Verhandlungen auf Anstache des Arbeitssamtes bereit erklärt. Die Unternehmer befinden sich in einem Dilemma; die eine Richtung weist dem Frieden zu, die andere, an deren Spitze der Hauptmann Dyer und der deutsche Maschinenfabrikant S i e m e n s, möchten gern den Kampf noch eine Zeit lang hinzuziehen, um die Gewerkschaft verbluten zu lassen. Jedenfalls scheint Reizung vorhanden zu sein, in Unterhandlung zu treten, aber unter gewissen Bedingungen. Die Unternehmer wünschen, daß die Frage der Arbeitszeit und des Lohnes in der Provinz ganz unberührt bleibe und nur verhandelt werde über die Bedingungen, unter denen die Londoner Arbeiter wieder zur Arbeit zurückkehren sollen; in der Provinz soll zu den alten Bedingungen die Arbeit wieder aufgenommen werden. Der „Daily Chronicle“ nach zu urtheilen, herrscht unter denjenigen Unternehmern, welche den Achtstundentag bewilligt haben, große Erbitterung gegen die großen Betriebe, weil diese jede Firma boykottieren, die den Arbeiterforderungen nachgeben hat.

In Carlisle haben eine Anzahl Firmen ihren Arbeitern gekündigt. Im ganzen befinden sich jetzt im Auslande: Maschinenbauer 24.000; Mitglieder anderer Unions 10.000, Nichtorganisirte 8000 und Hilfsarbeiter 14.000, zusammen 56.000 Mann.

Der Arbeiter in Christiania nimmt einen für die Gesellen sehr günstigen Verlauf, indem 67 Meister ihre Forderungen angenommen haben und diesen jetzt die ganzen Verarbeiten überweisen sind. Die übrigen, etwa 100 Meister, haben vergebens versucht, aus dem Auslande Arbeitskräfte herbeizuziehen. Da sie aber sehr kapitalkräftig sind, werden sie den Kampf noch eine Weile aushalten können.

In Lord Penrhyn's Steinbrüchen in Bethesda drohen neue Unruhen auszubrechen. Bei dem nach elfmonatigem Streik erfolgten Friedensschluß hatte sich der Unternehmer verpflichtet, alle früher bei ihm beschäftigt gewesenen Arbeiter wieder aufzunehmen. Von seinen Ausschern sind aber jetzt einige Arbeiter zurückgewiesen worden. Eine Deputation der Arbeiter wird sich zu Lord Penrhyn begeben, um mit ihm zu unterhandeln.

Soziales.

Schwere Schäden für die Arbeiter kann auch eine Periode wirtschaftlichen Aufschwunges mit sich bringen, das merken eine ganze Reihe von Arbeiterfamilien jetzt in Braunschweig a. S. Von dort wird uns darüber geschrieben: Eine ganze Anzahl von Fabriken haben schon seit einigen Jahren sehr guten Geschäftsgang, so daß fortgesetzt der Betrieb erweitert und ganze Scharen von Arbeitern herbeigezogen wurden. Daneben sind mehrere neue Fabriken errichtet worden, wo hunderte von Arbeitern mit der Herstellung von Fahrrädern beschäftigt werden. Da aber Arbeiterwohnungen in größerer Zahl nicht gebaut sind, sind die früher leer stehenden Wohnungen längst vermiethet und es ist jetzt ein so fühlbarer Mangel an Wohnungen, daß von einer schweren Wohnungsnoth gesprochen werden kann. Die miserabelsten Kellerlöcher, Verschläge auf den Hausböden u. s. w. werden hoch bezahlt; eine Anzahl Wohnungen, deren Mäntel die Polizei vor mehr als Jahresfrist verlangte, weil sie außerordentlich ungesund sind, werden noch immer bewohnt, und die Behörde duldet es, weil sich die Bewohner ein anderes Unterkommen nicht beschaffen können. Mehrere Familien hausen in leerstehenden Ställen. Aber selbst so miserable, menschenunwürdige Unterkommen haben nicht einmal alle Familien erhalten können. Im letzten Quartal waren zwölf obdachlose Familien von der Behörde in einer dem Fiskus gehörenden Reitbahn untergebracht, wo man eine Anzahl Bretterverschläge hergesteuert hatte. Da alle Familien sehr stark waren — weisen doch die Hausposten zu meist Leute mit vielen Kindern ab — diente der nur mäßig große Raum mehr als 80 Menschen zum Aufenthalt. Ein Beweis, daß man es hier mit unverschuldetem Noth zu thun hatte, ist, daß sämtliche Männer in Arbeit standen. Zum 1. Oktober verlangte nun die Militärbehörde die Räumung der Reitbahn. Infolge dessen ist den Leuten, die bis dahin keine Wohnung gefunden haben, ein alter Pferdestall zur Wohnung angewiesen. Da die Zahl der obdachlosen Familien gewachsen ist, müssen sich 18 Familien in dem Raum zusammenpacken lassen. Auch hier sind Verschläge hergesteuert. Dieselben sind aber so eng, daß die Leute kaum Platz haben, ihre Sachen und Betten aufzustellen. Um den Verschlag zu erwärmen, muß sich jede Familie einen Ofen beschaffen, für dessen Abzugrohr sie sich ein Loch durch die Wand schlagen kann. Der Stall ist bis vor einigen Tagen für Artillerie-Pferde benutzt worden; da er für diese zu schlecht war, sind die Thiere in die Ställe einer von einem Privatunternehmer gebauten neuen Kaserne gebracht worden. Eine Belegung des Bodens mit Brettern findet nicht statt, vielleicht um den Leuten den Aufenthalt nicht zu angenehm zu machen, so daß sie im Suchen nach einer Wohnung nicht nachlassen. Der aus Mauersteinen bestehende Fußboden weist tiefe Risse auf und ist, wie das bei einem fortwährend benutzten, mindestens 30 Jahre stehenden Stall selbstverständlich ist, vollständig durchjaucht, so daß im Raum ein schrecklicher Geruch herrscht. Wird erst in einer Anzahl von Ofen geheizt, ist es sicher vor Pestank darin kaum auszuhalten. Es wäre geradezu wunderbar, wenn unter den vielen Kindern, die in dem Stall hausen müssen, keine Krankeiten ausbrächen. Für diese „Wohnung“ muß jede Familie monatlich 10 M. Miete zahlen. Für das Mittagessen, welches Angehörige der bestehenden Klasse solchem Elend entgegenbringen, zeugt der Umstand, daß trotz lebhafter Bemühungen der Polizei mehrere der reichsten Einwohner große Fabrikräume, die seit Jahren unbenuzt leer stehen, auch für Miete nicht als Wohnung hergeben. Ein Projekt des Stadtbauraths, von der Stadt Wohnungen bauen zu lassen, fand so heftigen Widerspruch bei den Hausbesitzern, die im Stadtvorordneten-Kollegium die große Majorität haben, daß der Magistrat gar keine Vorlage ausarbeitete. So ist denn, da auch jetzt noch meist größere Wohnungen gebaut werden, an ein Verschwinden der Wohnungsnoth am Ort vor Juli oder Oktober nächsten Jahres nicht zu denken; und es erscheint sogar zweifelhaft, ob es dann der Fall sein wird.

Unternehmer-Verbände.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Tuch- und Schneiderartikel-Branchen in Deutschland beschloß, daß die Groß- und Verlagsgeschäfte nicht mehr von solchen Fabrikanten ihre Waaren beziehen dürfen, die unter der Hand an Private verkaufen.

Das russische Petroleum hat durch Tarifveränderungen auf deutschen Eisenbahnen eine nicht unbedeutende größere Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem amerikanischen Petroleum erhalten. Die Maßnahme erhält dadurch eine besondere Bedeutung, daß sich die russischen Interessenten von dem amerikanischen Trust ferngehalten haben. Somit wird der willkürliche Preisbildung dieses Truffes eine gewisse Einschränkung geboten.

Gegen die Stadtvorordneten-Wahlen in Seehausen war mit der Begründung Einspruch erhoben worden, der Magistrat habe einige Personen in die Wählerlisten aufgenommen, die nicht hineingehörten, und außerdem seien zwei Postbeamte von ihrem Vorgesetzten durch Drohungen beeinflusst worden. Die Stadtvorordneten-Versammlung erklärte die Wahlen als später für ungiltig. Ihr Beschlusse wurde aber vom Bezirksauschuss wieder umgefloßen, und auch das Ober-Verwaltungsgericht hat jetzt die Wahlen für gültig erklärt. Aus der Begründung seines Urtheils ist folgendes bemerkenswerth. Die angeblich falsche Eintragung in die Wählerliste könne gegen die Wahl nicht geltend gemacht werden, da die einmal festgestellte Liste eine unabänderliche Grundlage für die Wahl bilde. Es bleibe also nur die behauptete Beeinflussung der Postbeamten. Für eine solche sei nun gar nicht beigebracht. Es liege zwar fest, daß der Vorgesetzte zu den beiden Beamten gesagt hat, sie sollten zur Wahl gehen, sie hätten sich sonst die Folgen selbst zuzuschreiben. Das sei indess nur eine Mahnung, ihre staatsbürgerlichen Rechte auszuüben, und dazu sei der Vorgesetzte durchaus berechtigt.

Ein Nachtwächter-Prozeß spielt sich, ähnlich wie seinerzeit in Berlin, gegenwärtig in Stargard i. P. ab. Dortselbst kommt mit dem 1. Oktober infolge Aufstellung von Polizeigenanten sämtliche Nachtwächter zur Entlassung. Den dortigen Stadtverordneten wurde bei Verathung der Reform des Nachtwächterwesens wiederholt die beruhigende Versicherung gemacht, die bisherigen Nachtwächter seien, da sie nicht vom Regierungspräsidenten bestätigt wären, nicht pensionberechtigt. Die Nachtwächter, welche durch die Neuordnung der Dinge zum Theil einer schweren Zukunft entgegensehen, wandten sich nun vor einiger Zeit mit der Bitte an den Magistrat, ihnen anderweitige Beschäftigung zu geben. Als auf dieses Ersuchen eine ablehnende Antwort einlief, gingen zwei der Nachtwächter, die inzwischen bereits entlassen waren, gegen den Magistrat klagbar vor. Sie stützten sich auf eine Reichsgerichtsentcheidung, nach welcher jedermann, der von einer Kommune anders beschäftigt werde, als nur zu vorübergehenden oder rein mechanischen Handreichungen, Gemeindebeamter sei. Die beiden Nachtwächter klagten deshalb nicht als Polizeibeamte — denn dazu fehlte ihnen die Befähigung des Regierungspräsidenten — auf Pension, sondern als Gemeindebeamte auf Fortzahlung des Gehalts. In der ersten Instanz haben die Kläger bereits ein obliegendes Urtheil erstritten. Der Magistrat ist vom Stargarder Landgericht verurtheilt worden, den beiden klagenden Wächtern ihr Gehalt so lange fortzuzahlen, bis deren Dienstuntauglichkeit durch richterliches oder ärztliches Urtheil festgestellt sei. Der Einwand, daß die Nachtwächter nicht die Befähigung der Aufstichtsbehörde erhalten hätten, sei insofern hinsichtlich, als dies nicht auf einem Verschulden der Wächter, sondern auf einem Versehen des Magistrats beruhe. Auf Grund dieses Landgerichts-Erkenntnisses beschäftigen nunmehr auch die übrigen 14 Nachtwächter, sobald sie zur Entlassung gekommen sein werden, klagbar gegen den Magistrat vorgehen.

Ueber eine unerhörte Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft war kürzlich vor dem Schöffengericht in Kugsburg zu verhandeln. Die Damenkonfektions-Inhaberin Frau Berger, deren Geschäft als eines der vornehmsten am Plage liegt, war beschuldigt, ihre Arbeiterinnen an mehreren Sonntagen bis tief in den Nachmittag hinein und an Sonnabenden bis morgens 2 Uhr, ja sogar bis 1/2 4 Uhr beschäftigt zu haben. Zu den Ueberstunden wurden in der Regel nur bessere Arbeiterinnen herangezogen, welche für die Stunde den zehnten Theil ihres Tagesverdienstes erhielten, so daß es vorkam, daß Arbeiterinnen mit 1,80 M. Tageslohn bis tief in den Morgen hinein um 18 Pf. pro Stunde beschäftigt wurden. Es kam auch vor, daß die Geschäftsinhaberin der Behörde gegenüber in Fällen, wo sie von der beabsichtigten Ueberarbeit Anzeige erstattete, falsche Angaben machte. So wurde in einem Fall festgestellt, daß sie, um die behördliche Genehmigung eher zu erhalten, angab, sie müsse Trauerkleider machen; in Wirklichkeit fertigte sie aber ein Reifelskäm an. Die Berger wurde zu 135 M. Geldstrafe oder 19 Tagen Haft verurtheilt. Die auferlegte Strafe wird längst aus den Arbeiterinnen wieder herausgepreßt sein.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Dresden, 1. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den gestern in Dresden vollzogenen Nachwahlen in der dritten Klasse wurden mit relativer Mehrheit gewählt:

Im 1. Kreis 14 sozialdemokratische, 4 antisemitische und 4 konservative Wahlmänner. 4. Kreis, erster Bezirk, 4 Sozialdemokraten.

Das Gesamtergebnis der Wahlmännerwahlen in allen drei Klassen stellt sich in Sachsen unter Berücksichtigung der schon vorgenommenen Nachwahlen folgendermaßen: Gewählt sind 2080 Wahlmänner des Ordnungsbereiches, ca. 850 Sozialdemokraten, 85 Antisemiten und 2 Freisinnige. In 275 Bezirken haben noch Nachwahlen stattgefunden.

Erfeld, 1. Oktober. (W. Z. B.) Amlich wird gemeldet: Am 30. v. M., 10 Uhr 30 Min. abends, entgleiten bei Einfahrt des Güterzuges 1078 in den Bahnhof Wald, Juglokomotive und drei Wagen, Zugführer Hähler und Bremser Schröder vom Zugpersonal, beide aus Ruppelshaus, wurden leicht verletzt. Der Betrieb wurde durch Ausweichen an der Unfallstelle aufrecht erhalten und um 1 Uhr mittags heute in vollem Umfang wieder aufgenommen. Ursache der Entgleisung ist noch nicht mit Sicherheit festgestellt.

Breslau, 1. Oktober. (W. Z. B.) Der Professor an der hiesigen Universität Dr. med. Leopold Auerbach ist heute gestorben.

Rattowin, 1. Oktober. (W. Z. B.) Die „Rattowiner Jg.“ meldet aus Danbrowa (Ruffisch-Polen): Aus dem Hüttenwerke Huta Bankowa sind sämtliche Arbeiter, 4500 Mann, ausständig. Der Gendarmen-Oberst aus Warschau und hohe Regierungsbeamte sind eingetroffen. Die Menge bombardirte das Militär mit Steinwürfen, worauf der Oberst Feuer geben ließ. Dabei wurden zwei Mann sofort getödtet und fünf schwer verletzt, von denen einer inzwischen gestorben ist. Sechs Kompanien Militär sind eingetroffen. Sämtliche Arbeiter wurden von der Hüttenverwaltung gefoltert. Das Hüttenwerk gehört einem Konsortium russischer und französischer Kapitalisten.

München, 1. Oktober. (Frankf. Jg.) Die Zentrumsfraktion brachte bei dem Landtage eine Interpellation wegen Ueberanstrengung bei den diesjährigen bayerisch-preussischen Manövern ein.

Wien, 1. Oktober. (W. Z. B.) Abgeordnetenhause. Sämtliche Nothstandsdränge werden vom Hause einstimmig als dringlich anerkannt. Treuenfels (Zentrum) bringt einen Antrag ein auf Einsetzung eines Ausschusses zur Schaffung eines parlamentarischen Ehrengerichts. Sokol (Zungische) interpellirt wegen Vorkehrungen zum Schutze der jüdischen Minoritäten in den deutschen Bezirken Böhmens. Bacal (Zungische) überreicht einen Gesetzentwurf auf Abänderung des Pressegesetzes und der Strafprozess-Ordnung, sowie auf Aufhebung des Zeitungsstempels. Nachdem Abgeordneter Tro in mehreren Zwischenreden den Justizminister wegen des inhaftirten Reichsberger Redakteurs Hoser heftig angegriffen hatte, wird die Sitzung unter großer Unruhe geschlossen. Nächste Sitzung Dienstag.

Budapest, 1. Oktober. (W. Z. B.) Im Dorfe Csava, im Soproner Komitat, wurden 28 Wohnhäuser mit den Nebengebäuden durch Feuer zerstört. Die Entstehungsbursache des Brandes ist bisher unbekannt.

Moskau, 1. Oktober. (W. Z. B.) Ministerpräsident Rasai begab sich im Laufe des Tages in das Palais und bot dem Könige die Entlassung des Kabinetts an, welche angenommen wurde. Man weiß bisher nicht, wer die Bildung des Kabinetts übernehmen wird.

Archangel, 1. Oktober. (W. Z. B.) Die Schienenlegung der neuen Eisenbahn Archangel-Bologda ist beendet. Der erste Eisenbahnzug nach Bologda ist hier eingetroffen.

Kommunales.

Die Bauzeichnungen zur Errichtung eines Kinder-Asyls in der Rüchstraße 21/22, welche vom Stadtbaurath Hoffmann in der heutigen Sitzung des Magistrats-Kollegiums vorgelegt worden sind, hat das Kollegium genehmigt. Die Gesamtkosten sind mit 190 000 M. veranschlagt.

Die Oberwasserstraße hat bis auf die Ecke an der Kreuzstraße eine Breite von 6 Metern, an der Ecke der Kreuzstraße verengt dieselbe sich auf 3 Meter. Der Verkehr in der genannten Straße hat sich aber durch die in letzter Zeit daselbst entstandenen großen Kaufhäuser sehr gesteigert, so daß es dringend erforderlich wird, die ganze Straße gleichmäßig auf 6 Meter zu verbreitern.

Lokales.

Die Parteigenossen und Genossen des 2. Wahlkreises werden auf die am Sonntag, den 3. Oktober, bei Zuberl, Lindenstraße 106, stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht, in welcher Gen. Wagner über „Revolution und Evolution“ referieren wird.

Die Freie Volkshöhne bringt für die I. Abtheilung am Sonntag den 10. Oktober, für die II. am 17. Oktober und für die III. Abtheilung am Sonntag den 24. Oktober, Arthur Fitzger's hohes Trauerspiel „Die Hexe“ zur Aufführung und zwar unter Mitwirkung von Frä. Seraphine Detsch, Frä. Thourret und Herrn Deser vom Deutschen Theater.

Da die I. Abtheilung bereits geschlossen ist und für die II. und III. Abtheilung nur noch wenige Plätze vorhanden sind, müssen alle Neuanmeldungen in den Zahlstellen schnellstmäßig angebracht werden.

Eine Konferenz von Vorständen Christlicher Jungfrauen-Vereine tagt zur Zeit in Berlin. Dieselbe nahm gestern Nachmittag ihren Anfang. Sie setzt sich zusammen aus Pastoren und Damen der sogenannten guten Gesellschaft, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, junge, der Schule entwachsene, ins Leben hinaustretende Mädchen den christlichen Wandel zu erhalten.

Der Berliner Michaelis-Jahrmart findet vom 6. bis 9. Oktober in der Gegend der Frankfurterstraße statt. An stelle der gegenwärtig im Gebrauch befindlichen Gallekellen sollen längs den Straßenbahnen beabsichtigt die „Sozialität für Gebrauchsgüter-Artikel Kommandit-Gesellschaft“ solche mit Zeitungs-Automaten versehen zu errichten.

Der Vorstand des Berliner Straßenbildes, besonders bemerkbar gemacht. Obgleich der Dohnungsweschelelviess schon in den beiden letzten Wochen des September vor sich ging, so waren doch am eigentlichen Ziehstage die Straßen so von Müllwagen beledt wie selten in einem der verflorenen Jahre.

Der Oktober-Kunzug hat sich gestern im Berliner Straßenbild besonders bemerkbar gemacht. Obgleich der Dohnungsweschelelviess schon in den beiden letzten Wochen des September vor sich ging, so waren doch am eigentlichen Ziehstage die Straßen so von Müllwagen beledt wie selten in einem der verflorenen Jahre.

geleistete Dienste nicht zu bezahlen brauchen. Wenn der Mieter sich mit dem Fuhrherrn über die Transportkosten einig geworden ist, so hat er häufigweilend noch etwa 33 1/2 pSt. Aufschlag für Trinkgelder zu machen. Denn die Ziehmeister stehen in keinem festen Arbeitsverhältnis zu dem Unternehmer, sie werden je nach Bedarf von der Straße geholt und arbeiten dann für die Erlaubnis, sich ihren Tagelohn vom Mieter als Trinkgeld erbeteln zu dürfen.

Die Urania-Gesellschaft erhält gegenwärtig von der Stadtgemeinde Berlin eine Subvention von 6000 M. jährlich. Die Gesellschaft hat neulich Veranlassung genommen beim Magistrat zu petitioniren, diese städtische Jahressubvention zu erhöhen, was jedoch das Magistratskollegium in seiner heutigen Sitzung abgelehnt hat.

Für das Denkmal, das den Märzgefallenen von seiten der Stadt im Friedrichshain errichtet werden soll, will man drei bis fünftausend Mark auswerfen, vorausgesetzt, daß die angeforderte Befestigung des Friedhofes durch die zur Vorbereitung dieser Angelegenheit eingesetzte Deputation ein positives Resultat ergeben sollte.

Unter dem Namen „Frei-Post“ (G. m. b. H.) trat, wie dieses Blatt meldete, gestern ein neues Unternehmen ins Leben. Die Gesellschaft beabsichtigt, einem jeden nicht nur Briefbogen und Briefumschlag, sondern auch die dazu gehörige 10 Pf. Reichspostmarke vollständig kostenlos zu liefern.

Der jährliche Geschäftsbericht der Deutschen Gasglühlicht-Aktiengesellschaft Auer u. Co. war noch immer ein Schriftstück von so aufreizendem Inhalt, daß jede auch noch so blutig gefärbte Brandschrift anarchistischen Ursprungs vor ihm zur Harmlosigkeit eines Gesangbuches erstarrte.

Der Berliner Michaelis-Jahrmart findet vom 6. bis 9. Oktober in der Gegend der Frankfurterstraße statt. An stelle der gegenwärtig im Gebrauch befindlichen Gallekellen sollen längs den Straßenbahnen beabsichtigt die „Sozialität für Gebrauchsgüter-Artikel Kommandit-Gesellschaft“ solche mit Zeitungs-Automaten versehen zu errichten.

Die Aufzählung und Uebergabe der „Alten Post“ in der Königstraße hat am Dienstag, nachdem die Kaufsumme im Betrage von 1 900 000 M. erledigt wurde, an den Käufer stattgefunden.

Acetylengas-Belichtung von Eisenbahnwagen wird, wie wir in einem auswärtigen Blatte lesen, in der diesjährigen Winter-Saison auf der Berliner Stadt- und Ringbahn probeweise eingeführt werden, nachdem ausgedehnte Versuche, welche in den letzten Monaten angefaßt wurden, zur Zufriedenheit ausgefallen sind.

Von einem 1387 Jahre alten Mammutbaum hat vor kurzem das Botanische Museum einen kolossalen Block erhalten, der auf der Chicagoer Weltausstellung, zu welcher der Baum im Jahre 1893 besonders gefaßt worden war, ein hochinteressantes Ausstellungsobjekt gebildet hatte.

Die erste Fortbildungsschule für Jünglinge, Wasserthorstraße 31, veranstaltet für die Angehörigen und Lehrherren ihrer Schüler, sowie für alle Freunde und Interessenten des Fortbildungsschulwesens vom 3. bis zum 7. Oktober in der Aula des Schulgebäudes eine Ausstellung von Schülerzeichnungen und Modellarbeiten, welche am Sonntag von 12-3 Uhr, wochenttäglich von 12-3 Uhr und 6-9 Uhr abends geöffnet sein wird.

Eine Ausstellung von Schülerarbeiten des städtischen Gewerbesaals, welche besonders für Kunstschloffer, Maschinenbauer und Mechaniker interessant ist, findet statt von Sonnabend, den 2. bis Mittwoch, den 6. Oktober, im Schulhause hinter der Garnisonstraße 2 (am Stadtbahnhof Böse).

bis Mittwoch, den 6. Oktober, im Schulhause hinter der Garnisonstraße 2 (am Stadtbahnhof Böse). Sie ist geöffnet an den Wochentagen von 12 bis 3 Uhr und abends von 6 bis 9 Uhr, am Sonntag von 12 bis 3 Uhr. — Eintritt frei.

Berliner Tischlererschule. Die unter städtischer Verwaltung stehende Berliner Tischlererschule beginnt den Unterricht für das Winter-Halbjahr 1897/98 mit dem 6. Oktober: Gegenstände des Unterrichts und der Übungen sind: Freihandzeichnen, Projektionszeichnen, Stützzeichnen, Holzverbindungs- und Formenlehre, Fachzeichnen für Tischler, chemische Behandlung der Hölzer, Modellieren, Holzabzügen, Fachzeichnen für Drechsler und Werkzeug- und Materialkunde für Drechsler.

Die öffentliche Lesehalle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur, Neue Schützenstraße 13, hat in den Sommermonaten Juli und August 1897 einen regen Besuch aufzuweisen gehabt. Die Zahl der Besucher belief sich im August auf 3954, im Juli auf 4241 gegen 3750 und 3496 in den gleichen Monaten 1896.

Die „Kaufmännische und gewerbliche Fortbildungskasse“ für die weibliche Jugend“ beginnt das Wintersemester am 7. Oktober. Neue Kurse werden in allen Unterrichtsgegenständen eröffnet.

Blühlicher Tod. Als der Schuhmacher Heinrich Siefert, der gestern noch gegen 2 Uhr nachmittags auf dem Hofe des von ihm in der Königsbergerstraße bewohnten Hauses gesehen worden war, nachmittags 4 Uhr auf das wiederholte Klaffen eines Kunden nicht öffnete, sah der Bismarck durch das Fenster und gewahrte, daß Siefert im Zimmer neben seinem ungeschlossenen Schimmel am Boden lag.

Arbeiterisiko. Auf dem alten Packhofe wurde gestern Nachmittag der Arbeiter Hermann Kabner durch einen von einem Speicher auf einer Bahn herabgleitenden, gefüllten Getreidesack ungeworfen. Er erlitt dabei außer einer Verletzung am Hinterkopfe einen Rippenbruch.

Einen räthselhaften Fund hat am Donnerstag der Ober-Postsekretär N. in Groh-Lichterfelde gemacht. Auf dem Felde hinter seinem Garten lag ein fast vollständiger Knabe, Kopf, Hufe, Hut und Stiefel, zum Theil sehr gute Sachen.

Die Fortnahme eines Kindes durch einen Gerichtsvollzieher führte am Donnerstag in der Lüneburgerstraße zu einer erregten Scene. Dort wohnt seit einiger Zeit die Frau eines Bildners und Zimmerers, der seinen Wohnsitz in Stahnsdorf hat.

Die leidige Lustite der Milfahrer von Möbel- und anderen Fuhrwerken, die Weine an der Längsseite des Wagens herunterbaumeln zu lassen, hat vorgestern Mittag einen Unglücksfall zur Folge gehabt. Gegen 11 Uhr kam ein kleiner Müllwagen der Firma Croner aus der Kronenstraße die Berliner Straße in Richtung entlang gefahren.

Erschlagen aufgefunden wurde am Freitag Morgen auf der Tempelhofer Chaussee der am 1. November 1846 zu Grinlendorf-Bruch geborene Droschkenschreiber Wilhelm Gollmert, der eine Droschke 2. Klasse des Fuhrherrn Schulze aus Reinickendorf gefahren hat.

zunächst verhaftet, doch leugnete dieser bei dem Verbrechen theilhaftig gewesen zu sein.

Die Anschuldigung des Kaufmanns Buchholz hat sich denn auch bereits herausgestellt, so daß er entlassen werden konnte. Ein starker Verdacht, die That begangen zu haben, hat sich gegen den bei dem gleichen Fuhrherrn angestellten Kutscher Albert Jabe aus der Diefenbachstraße 87 erhoben, der gestern festgenommen worden ist. Der Erschlagene, in dessen Portemonnaie 5.00 M. gefunden wurden, während er mit 50 Pf. von Hause weggefahren war, hinterläßt eine Frau mit fünf Kindern, von denen das jüngste fünf Jahre alt ist.

Ein Kind aus dem Fenster gestürzt. Gestern in der Mittagsstunde stürzte der 2-jährige Sohn des in dritten Stock des Hauses Forsterstraße 38 wohnenden Tischlers Richard Weisner aus dem Küchenfenster auf den Hof hinab und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß er bald darauf im Krankenhaus starb.

Eine schwere That wird uns aus der Gassenhalde gemeldet. In der Nähe des Militärärzthofes und der katholischen Kirche promenirte gestern Abend ein Liebespaar, als plötzlich sechs halbwüchsige Burschen auf der Wildfläche erschienen, die das Paar auseinanderrißen und den Begleiter des Mädchens in die Flucht schlugen. Während dieser nun den nächsten Schuhmannsposten aufsuchte, schleppten die Strolche das Mädchen nach einem nahen Gehäusch und vergewaltigten es. Den herbeieilenden Schulheuten gelang es schließlich, die sechs Burschen zu machen.

Weim Umzuge ist Donnerstag Abend in der Kiderstr. 182 der Bauer Fülle verunglückt. Er war einem in dem betreffenden Hause wohnenden Bekannten bei dessen gestern Abend stattfindenden Umzuge behilflich. Bei dem Versuche, einen Kleiderschrank von der Wand abzurücken, stürzte dieser um und fiel auf den Körper des J. Der Bauer erlitt hierbei eine erhebliche Kopfverletzung, sowie auch anscheinend innere Schäden. Er erhielt zunächst einen Nothverband auf der Sanitätsstation und mußte dann nach der Charité gebracht werden.

Verzweiflungsdthat einer Berliner in Glogau. Ein erschütterndes Familien-drama hat sich vorgestern Vormittag in Glogau abgespielt. Die 43jährige Wittwe Sommer, welche vor kurzem mit ihrem neunjährigen Sohn von Berlin nach dort verzogen war, verlor, erst den Knaben und dann sich selbst zu tödten. Ueber die That selbst liegen folgende Einzelheiten vor: Der Dreckschäfer Jankowski, der die Sommer in Berlin kennen gelernt hatte, überredete dieselbe, mit ihrem Sohne nach Glogau überzufriedeln, wo er sie demnächst heirathen wollte. Dort mietheten die Liebenden eine gemeinschaftliche Wohnung, in der sie in wilder Ehe lebten. Nachdem die Mittel, über welche die Sommer verfügte, zu Ende gegangen waren, lehrte die Noth ein, in Folge dessen es öfters zu Streitigkeiten und schließlich zu Thätlichkeiten zwischen dem Paare kam. Als die Nahrungsvorräte der Frau in den letzten Tagen ihren Höhepunkt erreicht hatten, faßte sie den Entschluß, mit ihrem Sohne freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Vorgestern Vormittag hörten die Hausbewohner in der Wohnung der Sommer plötzlich zwei Schüsse fallen. Man fand Mutter und Kind blutüberströmt auf dem Fußboden liegen. Frau Sommer hatte zuerst ihren Knaben tödten und dann sich selbst erschossen wollen. Der auf das Kind abgegebene Schuß hat dasselbe jedoch nur leicht verletzt, da die Kugel in der Wange stecken geblieben war; die Verletzung der Frau, welche sich in die Schäfte getroffen hatte, ist dagegen sehr schwer.

Unfälle im Straßenverkehr. Gestern Vormittag gerieth in der Vorfrüherstraße der elfjährige Sohn des Handelsmanns Davidmann beim Spielen unter die Räder eines mit viel beladenen Geschäftswagens und erlitt erhebliche Verletzungen am linken Bein. — In der Chausseestraße wurde der Hausdiener Georg Lambrecht von einem Omnibus der Linie Demminstraße-Schöneberg am Fuß überfahren und nicht unbedeutend verletzt. — Auf dem Mariannenplatz lief der fünfjährige Sohn des Schlossers Johann Alff gegen einen Leiterwagen, gerieth unter die Räder, die ihm über die Brust hinweggingen, und erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er auf der Unfallstation III seinen Geist aufgab. — Bei der Einfahrt in das Haus Köpcke Nr. 72 wurde der vor seinem Arbeitswagen hergehende Kutscher Johann Wunsch von der plötzlich emporschnellenden Deichsel am Kopf getroffen. Er erlitt dabei außer einer Gehirnerschütterung eine erhebliche Verletzung an der Stirn.

Wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung verhaftet wurde der 19jährige Buchhalter S., der bei dem Musikantennachhändler J. in der Blumenstraße angestellt, vor einigen Tagen aber entlassen war. S. ist mittellos, kassirte er die Beiträge verschiedener Anstalten, die er sich rechtswidrig angeeignet hatte, von den Kunden seines früheren Prinzipals ein, fälschte andere Quittungen und erhob bei verschiedenen Kunden in Rixdorf erhebliche Geldposten. Auf telephonische Veranlassung hin sandte S. seinen Werkmeister nach Rixdorf, der den Schuldner in einem Restaurant in der Ankerstraße verhaften ließ. Er wurde in das Amtsgefängnis eingeliefert.

Von Kichling's Berliner Verkehr ist die Winterausgabe zum Breite von 30 Pf. erschienen. Sie enthält in übersichtlicher Zusammenfassung die Eisenbahn- und Pferdebahnhauptpläne u. dergleichen in Kichling's Zusammenfassung von Berlin zum Preise von 20 Pf. neu erschienen.

Feuerbericht. Donnerstag Abend waren Probenstr. 39 und Junckerstr. 21 Gardeinbrände zu löschen. Kanonierstr. 18 waren auf unbekannter Weise in einer Klempnerei Affen und Säcke in Brand gerathen, doch konnte Jng 19 die Gefahr noch leicht beseitigen. Freitag früh 4 Uhr brannten Schwedterstr. 280 verschiedene Möbel, wodurch die Gasse des Löschzuges 3 einige Zeit in Anspruch genommen wurde. Kurze Zeit darauf erfolgte eine Alarmlösung nach Thurmstr. 77. Hier lag großer Unlug am öffentlichen Meier vor, wie es leider in letzter Zeit häufig zu verzeichnen war. Diesmal gelang es, den Thäter dingfest zu machen. Infolge niedergedrückten Maudes mußte die Wehr nachmittags 6 Uhr nach Weinbergsweg 5 aufrücken. Eine Stunde darauf wurde Feuer von dem Grundstücke der „Staatsb. Zeitung“, Lindenstr. 69, aus gemeldet. Die herbeigerufene Wehr vermochte aber kein Feuer zu finden und rückte unverrichteter Dinge wieder ab.

Beim Verladen eines Geldschranke ist gestern, Freitag, Nachmittag um 4 Uhr, der Sohn Wilhelm des Fabrikanten Wunder vom Entenplatz 2 verunglückt. Der Schrank fiel ihm auf einen Fuß und verletzte ihn so schwer, daß er mit einem Unfallwagen nach der Station I in der Wilhelmstraße gebracht werden mußte.

Das neue Olympia-Theater (Girus-Mens) wird am 1. November eröffnet werden. Die Proszenumöffnung der Bühne hat eine Spannweite von 44 Metern, während sie noch um 8 Meter tiefer ist, als die vorige Olympiabühne in der Alexanderstraße.

Warum Paula Wirth aus Brettl geht. Daß die Schauspielerin Fräulein Paula Wirth sich der Spezialitätenbühne widmen muß und sich dem „Wintergarten“ verpflichtet hat, wird vom „Börsen-Kourier“ mit recht als eine schwere Anlage gegen die heutigen Theaterzustände bezeichnet. Fräulein Wirth bezog eine monatliche Gage von 1000 M.; für sich und ihre Eltern, für die sie sorgen müsse, habe sie nicht den vierten Theil ihrer Gage verbraucht, die übrigen Dreiviertel aber reichlich für die enormen Toilettenausforderungen der modernen Bühne nicht aus, und Fräulein Wirth sei tief in Schulden geraten. Um diese bezahlen zu können, sei sie zur Spezialitätenbühne gegangen, die materiell viel weniger verlangt und viel mehr zahlt.

Theater. Am Schiller-Theater wird heute das Gesspiel des Gelehrten Märchen-Ensembles mit der ersten Aufführung von „Verbit, das verlorene Königskind“, Märchenstück mit Gesang in 3 Akten, fortgesetzt. Die Vorstellung beginnt nachmittags 4 Uhr, die Preise sind außerordentlich billig, zudem sieht jedem Besucher das Recht zu, ein Kind unter 6 Jahren auf seinen Platz mitzunehmen. In der heutigen Abendvorstellung kommen Angenehmkeiten. Die Kreuzschneider zur Wiederholung. — Das Schiller-Theater veranstaltet demnächst eine Frei-Prekeltung, d. h. eine Vorstellung, für welche die Besucher keinerlei Entree zahlen sollen. Die Direktion hat dem Herrn Oberbürgermeister von Berlin die Eintrittskarten für das ganze Haus mit der Bitte übergeben, sie an unbedeutende Gewandlung, Arbeiter und Beamte häßlicher Betriebe, an unbedeutende Schüler

der häßlichen Höheren, mittleren und Volksschulen und an Söglinge der häßlichen Böhmenhäuser zu überweisen. Wird dieser erste, gewiß sehr lobenswerthe Versuch eines gütlich freien Vorstellens, so soll auf diesem Wege fortgesetzt werden. — Im Oden-Theater findet am Sonntag Nachmittag eine Volksvorstellung zu halben Preisen statt; zur Aufführung gelangt: „Die Räuber des Wollantens“.

Die Projektionsvorträge über neuere Kunst und Kultur werden wieder in der Urania, Jannalenstraße, aufgenommen. In der am Sonntag, den 8. Oktober, abends 8 Uhr, stattfindenden Großmülldorstellung wird Herr Dr. Köpcke über: „Moderne Malerei“ sprechen. Der Vortrag wird zum ersten Male durch farbige Glasbilder, die von Klingler, Liebermann u. a. ausgemalt sind, illustriert.

Rixdorf. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 8. Oktober, ein Flugball verbreitet wird. Die Genossen werden ersucht, sich früh 7 Uhr bei Thomas, Bergstraße, pünktlich einzufinden. Der Vertrauensmann.

Kunst und Wissenschaft.

— Das „Neue Theater“ ist vom 1. September 1898 auf zehn Jahre von Frau Kusch a Wuche gepachtet worden. —

— Neuhautablösungen heilbar. Wie aus Hamburg berichtet wird, ist es dem dort lebenden Arzt Dr. R. Deutlichmann gelungen, die sogenannte Neuhautablösung durch Einführung thierischer Glasfaserpaste in das erblühdende oder bereits erblühdete Auge zu heilen. —

— Franz Stück hat eine „Susanna im Bade“ gemalt. Das Bild ist von einer Münchener Kunsthandlung erworben worden. —

— Mascagni's neue dreialtliche Oper führt den Titel „Tris“. Die Heldin ist ein junges japanisches Blumenmädchen. —

— „Rosen von Jericho“. Hauptsächlich sind es zwei Pflanzen, beide Bewohner des nördlichen Afrika, Arabiens und Palästina, die seit dem Mittelalter mit diesem Namen bezeichnet werden. Nach erfolgter Samenreife krümmen sich bei eintretender Hitze ihre Ähre oder die Hüllblätter bogenförmig einwärts, wodurch die zahlreichen, birnförmigen Früchtchen wie von einem festen Gitter umgeben und gegen alle möglichen Angriffe geschützt sind. Sobald dieses Anäuel nun aber berührt wird, weichen die Ähre auseinander und strecken sich gerade, und hierbei können dann die Samen durch auffallende Negentropfen aus den Früchten fortgespült werden. Da man nun weiß, daß in Arabien und den angrenzenden Gebieten während des Sommers kaum einmal ein Tropfen Regen fällt, so wird die Bedeutung der Einrollung sofort klar. Beim Eintritt der ersten Winterregen öffnet sich der Anäuel, die Samen werden weggeschwemmt, finden Feuchtigkeit zur Entwidlung, wachsen reich heran und wenn die heiße Sonne des folgenden Jahres sie wieder trifft, befinden sie sich, ganz wie im Vorjahre ihre Stamm-pflanze, im „Rosenstadium“, ihre Früchte und Samen vor Gefahren behütend. —

— Die Presse auf der Pariser Weltausstellung. Für die Weltausstellung von 1900 wird eine umfassende Darstellung des Zeitungswesens und der Presse vorbereitet, und zwar nicht bloß zum Ansehen, sondern auch, in Form eines Buches, zum Nachhause-nehmen und zur fortwährenden Benützung. Es hat sich bereits ein aus Pariser Journalisten bestehendes Komitee gebildet, das die Ausführung des Planes in die Hand genommen hat; in jedem einzelnen Lande sollen besondere Komitees gebildet werden. Ueber den Plan selbst macht ein Artikel Jean Finot's in der „Revue des Revues“ folgende Mitteilungen: Das Werk soll die Geschichte, die Bedeutung und die Verbreitung der Presse darstellen, zur Belehrung des Publikums und der Presse selbst. Es enthält die Familiens der bedeutendsten und seltensten Blätter, die Porträts und Lebensbeschreibungen hervorragender Schriftsteller, die Geschichte der bedeutendsten Zeitungen u. s. w. Die Kosten hofft man durch das Werk selbst reichlich decken zu können. —

Gerichts-Beilage.

Milde Bestrafung einer Duellkräpfe. Wegen Aufforderung zum Zweikampf mit tödtlichen Waffen beim wegen Kartellsträgerhandlungen gestern der praktische Arzt Dr. Moritz Meine und der Student Heinrich Thiele vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Am 4. Mai fand vor derselben Strafkammer eine Verhandlung gegen den Schwiegervater des Dr. Meine, den Steuer-erheber Cromer, statt, welcher der Freiheitsberaubung beschuldigt war. Zwischen dem Dr. Meine und seinem Schwiegervater und dessen Familie bestehen unerquickliche Verhältnisse, die zu gegenseitiger heftigster Feindschaft geführt haben. Gelegentlich eines Zusammenstoßes auf der Straße kam es zwischen Cromer und seinem Schwiegervater zu einem bösen Anstreich, der damit endete, daß der erstere den Dr. Meine zur Wache bringen ließ. Hierin erklärte die Anklagebehörde eine Freiheitsberaubung. Im Termin wurde Cromer vom Rechts-anwalt Vertbauer verteidigt. Derselbe führte in seinem Plädoyer aus, daß der unvereidigt gebliebene Zeuge Dr. Meine nicht volle Glaubwürdigkeit verdiene. Dr. Meine betreibe seine ärztliche Praxis in einer Weise, welche man als „fair“ nicht bezeichnen könne und daß der Angeklagte Cromer sich des Dr. Meine angenommen habe, als derselbe sich in äußerst heruntergekommenen Verhältnissen befand. In diesen Ausführungen erklärte Dr. Meine schwere persönliche Beleidigungen, er sandte dem Rechtsanwalt Vertbauer durch den Studenten Thiele eine Forderung aus, Piloten bei dreimaligen Kugelwechsel und zehn Schritt Entfernung. Der Kartellsträger war beantragt, gleichzeitig eine gütliche Ausgleichung anzustreben auf der Grundlage, daß Dr. Vertbauer seine angeblichen beleidigenden Äußerungen zurücknehmen sollte. Da Rechtsanwalt Vertbauer sich weigerte, so blieb es bei der Forderung, die indessen nicht zum Austrag gebracht wurde, da eine Anzeige ohne Unterschrift bei der Staatsanwaltschaft einleiste, worin ihr von dem Vorkommnis Kenntnis gegeben wurde. Im Termine versicherte Dr. Vertbauer, daß er nur seine Pflicht als Verteidiger gethan habe, als er die in Rede stehenden Ausführungen machte. Eine beleidigende Articul des Dr. Meine habe ihm natürlich vollständig fern gelegen, obwohl er zu geben wolle, daß ein Theil zu dieser Anschauung gelangen könne. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten Dr. Meine zu drei Tagen, den Angeklagten Thiele zu einer Woche Festungshaft.

Daß die Inszenierung dazu dienen kann, die Brutalität eines Schumanns ungefähr zu lassen, dürfte neu sein. Der frühere Schumann-Friedrich Gebler hatte sich gestern unter der Anklage der Körperverletzung vor der ersten Strafkammer am Landgericht I zu verantworten. Der noch junge Mann, welcher früher einmal Müllerbursche war, nach längerer Militärdienstzeit aber zur hiesigen Schutzmannschaft übertrat und dort über ein Jahr thätig war, ist infolge des zur Anklage führenden Vorganges aus dem Dienste der Polizei entlassen worden. Am 8. Mai, dem Tage, an welchem die beiden Garnisonkirchen in der Gassenhalde in Gegenwart des Kaiserpaars eingeweiht wurden, fand der Angeklagte Posten in der Bellenallenestraße, bei der Zeltwerstraße. Die Sonne schien zur Mittagszeit recht heiß, die zahlreichen Menschen, die vorbeizuhöhen, schienen auf das Gehirn des Angeklagten auch einen übeln Einfluß ausgeübt zu haben — kurz, der Angeklagte führte bald vor verformtem Kriegsvolke eine Szene auf, bei der er sich nach der gestrigen vom Vorsitzenden des Gerichtshofes bekundeten Ansicht, wie ein Rasender, benommen haben soll. Unschuldige Veranlassung dazu bot ein Möbelwagen, dessen Erscheinen an diesem festlichen Tage den Schumann völlig aus dem Gleichgewicht der Gedanken brachte. Er gab den beiden Begleitern des Wagens, Dieke und Richter, in lautestem und aufreizendstem Ton Beschlagen, und als darauf reagiert wurde, schritt er zur Gewalt: er legte dem einen der auf ihr gutes Recht Pochenden ohne weiteres Fesseln an und versuchte, ihn unter fortwährenden Schlägen nach der Wache zu befördern, und als das Publikum sich gegen

diese Brutalität aufbäumte, wurde er immer gereizter und brüllte die tollsten Schimpfworte in die Reihen des Publikums hinein. Seine Kameraden hielten es für geboten, zum Nothwehr zu gehen und dort zu melden, wie sich der Angeklagte benommen. Die Folge dieser Meldung war, daß ihn der Lieutenant zum Physikus schickte, um festzustellen, ob der Angeklagte etwa betrunken wäre; die Untersuchung hatte aber ein negatives Ergebnis. Gestern erklärte der Angeklagte, daß er gar nicht mehr wisse, was an jenem Tage mit ihm vorgegangen; er entsinne sich nur, daß es sehr heiß war, daß er Verdruß mit dem Publikum hatte und sich am nächsten Tage krank melden mußte. Der Physikus Sanitäts-rath Dr. Becker bestätigte, daß der Angeklagte am nächsten Tage bei ihm erschienen sei und daß er ihn ins Bett habe schicken müssen, weil sich bei ihm zweifellos ein — In fluenza - Anfall habe feststellen lassen. Der Sachverständige bekundete ferner, daß der Beginn der Influenza öfter den Geist des Menschen unter einen starken Druck bringe und es nicht unwahrscheinlich sei, daß sich der Angeklagte bei dem Vorfalle in einem Zustande befunden habe, der die freie Willkürlichkeit angeschlossen. Mit Rücksicht hierauf hielt es der Gerichtshof für geboten, weitere Erhebungen anzustellen und außer dem Verlehen noch mehrere Augen- und Ohrenzeugen des Vorfalles vorzuladen.

Der thätliche Angriff, dem der Schriftsteller Joachim Geßlen am Nachmittage des 10. April d. J. seitens des Architekten Agathon Reimann ausgesetzt war, beschäftigte gestern die zweite Instanz. Reimann war vom Schöffengericht der Körperverletzung mittels hinterlistigen Ueberfalls für schuldig befunden und zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen verurteilt worden. Dem Verurtheilten schien die Strafe zu hoch, dem Verletzten zu niedrig; beide Parteien hatten deshalb Berufung eingelegt. Geßlen gibt eine Monatschrift heraus, betitelt „Charlottenburger Laternen“. Er zieht darin besonders gegen den Bankswindler zu Felde. In dem Gebrauche heft besand sich ein geharnischter Artikel, der sich gegen die Baufirma Reimann u. Co. richtete, zu deren Inhabern auch der Angeklagte gehörte. Der Zeuge Geßlen bekundete: Abnunglos sei er mit seinem Begleiter, dem Buchhändler Dewald, durch die Passage gegangen, als er plötzlich von einem heftiglichen gebanten Herrn, der sich ihm von hinten genähert habe, in schneller Aufeinanderfolge zwei wichtige Schläge erhalten habe, daß er in die Kniee gesunken sei. Dann habe der Angreifer ihn ins Gesicht gepies und sich dann entfernt. Er habe einen anderen Herrn für den Angreifer gehalten, wohl der beste Beweis, daß er den letzteren nicht zu Gesicht bekommen habe. Da noch ein Zeuge bekundete, daß der Angeklagte mehrere Tage zuvor sich in Charlottenburg dahin geübert habe, daß er Geßlen verhaften wollte, so nahm der Gerichtshof an, daß der Angeklagte dem Zeugen Geßlen thätlich einen suchtbaren Unzettel habe geben wollen und dies auch mittels hinterlistigen Ueberfalls ausgeführt habe. Es wurden deshalb die beiderseitigen Berufungen verworfen.

Für Vereine, die gelegentlich einmal Tanzvergnügen arrangiren — und das thun sie so ziemlich alle — ist eine Entscheidung des Kammergerichts von Bedeutung. Befänglich gibt es in unserem lieben Vaterlande der Gottesfurcht und frommen Sitte eine Unmasse polizeilicher Vorschriften über die Art der Heilighaltung der Sonn- und Feiertage, die u. a. für gewisse kirchliche Feiertage jede Tanzbarkeit verbieten. So enthält eine Regierungs-Polizeiverordnung vom 18. Dezember 1858, die auch in Bayern gilt, neben anderen Bestimmungen die, daß am Alchermittwoch Bälle und ähnliche Lustbarkeiten nicht stattfinden dürfen. Hiergegen sollte Herr Gölson, der Vorsitzende der Barmer Carnevals-Gesellschaft, dadurch verstoßen haben, daß er es gelegentlich einer Festlichkeit am Alchermittwoch gestattete, daß bis zum anderen Morgen um 4 Uhr getanzt wurde. Das Schöffengericht stellte nun fest, daß vor 12 Uhr nachts kein Tanz stattfand, sondern erst später und sprach wegen dieser Thatfache den Angeklagten frei. Es nahm an, eine strafbare Handlung oder Unterlassung liege nicht vor, da die Zeit nach 12 Uhr nachts schon dem anderen Tage, also nicht mehr dem Alchermittwoch angehört habe. Die Staatsanwaltschaft legte nach erfolgloser Beratung beim Kammergericht Revision ein. Sie machte geltend, es liege doch eine Verletzung jener Polizeiverordnung und des § 361 des Reichs-Strafgesetzbuches vor. Ein Ball sei als am Alchermittwoch gegeben worden anzusehen, wenn an diesem Tage die Teilnehmer einer Festlichkeit bis 12 Uhr nachts bei Tische saßen und erst nachher mit dem Tanze begannen. Die Festlichkeit sei als Ganzes zu nehmen. Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht trat diesen Ausführungen im wesentlichen bei. Maßgebend sei, wann die Lustbarkeit begonnen habe, in deren Verlauf nach 12 Uhr nachts getanzt wurde. Das Kammergericht verworft aber die Revision der Staatsanwaltschaft ab und sprach den Angeklagten ebenfalls frei. Der Vorsitzende führte begründend aus, selbst wenn man das Fest als ein Ganzes ansehen wollte, hätte Angeklagter doch freigesprochen werden müssen. Gering und allein entscheidend sei, daß die verbotene Handlung des Tanzens am Alchermittwoch nicht stattgefunden habe. Diese Entscheidung hat sich auch der Berliner Polizeipräsident am notam zu nehmen, welche in den letzten Jahren eifrig bemüht war, den Berliner Arbeitervereinen diese Oster- und Weihnachtsvergnügen zu durch Inhabirung des Tanzes nach 12 Uhr zu fördern.

Für Handlungserfinder und Geschäftsinhaber ist eine vom Kammergericht getroffene Anordnung des neugefaßten § 44 Absatz 3 der Reichs-Gewerbe-Ordnung äußerst wichtig. Der Residente Petersen und der Manufakturwaren-Händler Olsen waren wegen Verletzung jenes Paragraphen angeklagt worden, weil Petersen im Auftrage Olsen's Verstellungen bei Leuten aufgeschickt hatte, welche weder Gewerbetreibende noch Konsumente sind. Schöffengericht und Strafkammer sprachen die Angeklagten frei. Sie erachteten für auschlaggebend, daß Petersen nur bei solchen Leuten war, die ein Formular etwa folgenden Inhalts unterschrieben hatten: „Beauftragte Herrn Olsen, mir jetzt und in Zukunft einen Neuseiden mit Proben zum Zwecke der Auswahl und des eventuellen Kaufes zuzuschicken.“ Hierin erklärte die Strafkammer eine Anforderung nur bei Konsumenten in deren Geschäftsräumen oder bei angebotenen Art Verwendung finden.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und betonte, eine solche Aufforderung dürfe nicht durch den Kaufmann erzwingen werden. Das sei aber hier dadurch geschehen, daß Olsen den Kunden die erwähnten Formulare zugereicht und sie zur Unterschrift veranlaßt habe. Eine Aufforderung im Sinne des Gesetzes könne indessen nur eine freiwillige sein. Der Oberstaats-anwalt trat der Revision nicht bei und das Kammergericht sprach die Angeklagten ebenfalls frei. Der Vorderrichter habe ohne Rechts-irrtum festgestellt, es liege eine Aufforderung im Sinne des § 44, 3 der Gewerbe-Ordnung vor, obwohl die Firma Olsen die Anregung dazu durch Ueberleitung der Formulare gegeben habe. Von erzwingen eine Aufforderung könne nicht die Rede sein.

Ein zweiter Duellprozeß wird aus Lpd in Ostpreußen gemeldet. Wegen Herausforderung zum Zweikampf mit tödtlichen Waffen wurde von der dortigen Strafkammer der praktische Arzt Dr. Kurt aus Angerburg zu einem Monat Festungshaft verurteilt, während sein Bruder, der Rechtsanwalt Kurt aus Angerburg, welcher als Kartellsträger funktionierte, freigesprochen wurde. Es handelte sich hierbei um eine Herausforderung an den Landrath Dr. Bernmann.

Verfammlungen.

Eine Volkerverammlung, einberufen von der weiblichen Vertrauensperson, wurde am Donnerstag im Berliner Proter abgehalten. Genosse Liebknecht hielt vor einer äußerst zahlreichen Zuhörerschaft einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Stellung der Frau in der Sozialdemokratie. Der Redner führte aus, daß die untergeordnete Stellung, welche die Frau von jeher eingenommen

Habe, weder durch das Gernontium, noch durch das Christentum beseitigt worden sei, und daß auch unser Bürgerliches Gesetzbuch die Gleichstellung der Frau und ihre Unterordnung unter den Mann aufrecht erhalte. Die Sozialdemokratie sei es, welche zuerst für die Gleichstellung der Frau — die politische und rechtliche — eingetreten. Er legte an der Hand zahlreicher Beispiele dar, daß die Frauen am öffentlichen Leben das gleiche Interesse haben wie die Männer und ihnen daher auch dieselben Rechte zugestanden werden müssen, die das männliche Geschlecht für sich in Anspruch nimmt. Er zeigt u. a., daß eine Arbeiterfamilie, welche eine Familie bei einem wöchentlichen Haushalt von 10, 15 oder 20 Mark zu erhalten habe, mehr Finanzgenie beweise, als der Finanzminister Johannes von Miquel. Nachdem Genosse Liebknecht die Einwände, welche gegen die Gleichberechtigung der Frauen vorgebracht worden, widerlegt hatte, ging er zu der Besprechung der Gegenstände über, die sich auf dem jährlichen Kongress zwischen den Vertretern der Sozialdemokratie und den Anhängern der patriarchalischen Anschauung, welche die Frau ausschließlich auf den Wirkungskreis im Hause und in der Familie verweist, bemerkbar gemacht haben. Selbst die katholischen Demokraten auf dem Kongress hätten anerkannt, daß die Sozialdemokratie weit entfernt sei, die Familie zu zerstören, daß sie dieselbe vielmehr auf eine bessere Grundlage stellen wolle, indem sie für die wirtschaftliche Selbständigkeit der Frau einträte. Die Fabrikarbeit der Frau zu verbieten, sei unter der Herrschaft des Kapitalismus nicht denkbar. An sich sei auch die industrielle Tätigkeit der Frauen nichts schlimmes. Es handle sich jetzt nur darum, die Frauen geistlich zu schärfen vor übermäßiger Ausbeutung. Die nach dieser Richtung in Zürich gefassten Beschlüsse würden wohl nicht ohne Wirkung auf unsere Sozialgesetzgebung bleiben. Der Redner bemerkte zum Schluß, daß es unter den Männern, auch unter den sozialdemokratischen, noch viele gebe, die den Frauen die ihnen gebührende Gleichstellung nicht zugestehen wollten, weil sie meinen, daß der Mann von Natur der Frau überlegen sei. Das erklärte sich wohl aus dem Umstande, daß uns von Jugend an die Anschauung gepredigt worden sei, die Frau gehöre ausschließlich ins Haus. Die Frau habe sich, in gleicher Weise wie der Mann, und gemeinsam mit ihm an der Lösung aller Kulturaufgaben zu beteiligen. Wie aber nach dem bekannten Ausspruch von Karl Marx die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein könne, so müsse auch die Befreiung der Frau wesentlich das Werk der Frauen sein. Dem Vortrage folgte eine Diskussion, die von einem jungen Manne eröffnet wurde, der sich als Gegner der Sozialdemokratie aufspielte und einen recht unbedeutenden Versuch machte, die Ausführungen des Vortragenden in Bezug auf die Frauenfrage als widersprüchliche zu kennzeichnen. Der junge Mann wurde von dem Genossen Fahrwald und dem Genossen Bartels treffend abgefertigt und mußte auch vom Genossen Liebknecht eine hoffentlich nicht ganz unfruchtbare Belehrung hinnehmen. Die Versammlung nahm eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution an und wählte dann die Genossinnen Mesch, Lutz und Fahrwald zu Revisorinnen der Vertretungsperson. Die Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem Appell an die Frauen, sich rege in den öffentlichen politischen Versammlungen zu betätigen und mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

In einer öffentlichen Versammlung der Metallarbeiter, die am Donnerstag im Lokal „Armania“, Wangelstraße, tagte, wurden die Ursachen des Streiks bei der Firma Georg Drechsler erörtert. Nach den Ausführungen des Referenten Massafsch und auch der übrigen Redner entspricht die im „Vorwärts“ bereits veröffentlichte Darstellung über den Zustand der Schloffer und Klempner bei der Firma Drechsler vollständig den Tatsachen. Nichts weiter forderten die Arbeiter als die Aufhebung eines Lohns, der in den Verträgen angehängt werden soll, damit die fortwährenden Streitigkeiten über die verschiedenartigen Preise für ein und denselben Artikel endlich einmal beseitigt werden. Es soll vorgekommen sein, daß der eine Arbeiter für genau dieselbe Arbeit nur die Hälfte Lohn erhielt, als ein anderer Arbeiter. Daß dies zu Unzufriedenheiten führte, ist selbstverständlich und deshalb wurde ein einheitlicher Lohnsatz, der übrigens den Arbeitern bereits im vorigen Jahre verprochen worden war, gefordert. Daß die Arbeit überhaupt niedergelegt wurde, soll die Schuld des Meisters Wodtke sein, der, als er von den Arbeitern befragt wurde, ob denn nun der schon so oft versprochene Lohnsatz fertig sei, ohne dazu beauftragt zu sein, geantwortet habe, daß diejenigen, welche nicht warten wollen, einfach aufhören können. Von allen Rednern wurde das Verhalten

des Meisters Wodtke, den auch die Schuld an den vorgekommenen Lohnrückgängen und sonstigen in der letzten Zeit hervorgetretenen Mißständen beigegeben wird, ebenso wie das Verhalten des Arbeiters Vorwerk, der sich dem Vorgehen seiner Kollegen nicht angeschlossen hat, einer herben Kritik unterzogen. Außer Vorwerk, der angeblich, daß ihm seine Kollegen nichts angingen, nahm auch der Meister Wodtke das Wort, um der Versammlung in einer längeren Rede auseinanderzusetzen, daß er an allen Umständen unschuldig und ein guter „Vorgesetzter“ sei, der immer die Interessen „seiner Arbeiter“ vertreten habe. Nach einer langen Diskussion, in der alle Redner, außer den beiden letztgenannten, ihre Verwunderung darüber ausgesprochen, daß die Arbeiter gezwungen wurden, wegen einer so geringfügigen und gerechten Forderung die Arbeit niederzulegen, und nachdem dem bekannt gegeben worden war, daß der Meister Wodtke eifrig bemüht ist, Streikbrecher zu werben, gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich die Versammelten einstimmig (Vorwerk und der Meister Wodtke stimmten nicht dagegen) mit dem Vorgehen der Kolonnen solidarisch erklären und in der alle Kollegen aufgefordert werden, die Werkstatt der Firma Drechsler so lange zu meiden, bis der geforderte Lohnsatz für die Arbeiter aufgestellt wird. Nachdem noch auf den Formenstand hingewiesen und zur regen Beteiligung an den Sammlungen aufgefordert worden war, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Arbeiter-Bildungsschule. Der Unterricht beginnt in Nationalökonomie, Geschichte und Gesetzkunde am 13. Oktober, abends 8 Uhr. Insektor 10, p. 22. 20 Teilnehmer werden schon jetzt aufgenommen in folgenden Straßen: Weiler, Schulstr. 403; Neul. Paratille, 42; Schüler, Kolonnenstr. 47; Glöner, Müllerstr. 74; Paul Wille, Wanteuffelstr. 128; G. Königs, Wenteuffelstr. 20. Alle Anmerkungen sind an den Vorsitzenden Paul Wille Jr., 50. Wanteuffelstr. 128, oder den Kassierer G. König, S. Wenteuffelstr. 20, zu senden.

Freiwillige Gemeinde. Sonntag, den 3. Oktober, vormittags 10 Uhr, in Keller's Hoflokal, Köpenickerstr. 20. (Feier der Jugendaufnahme). Die Festrede hält Herr G. Wodtke. Um 11 Uhr vormittags im großen Festsaal der Berliner Hof- und Kommandantstr. 67: Vortrag des Herrn Waldemar Manns: „Der Ring der Götter“. Gede willkommen.

Sozialdemokratische Agitationsschein für den Wahlkreis Strausberg-Franzburg-Mügen. Sonntag, den 3. Oktober, vorm. 10 Uhr, bei Wörche, Jüdenstraße 26: Generalversammlung. **Eintragsverein.** Heute Abend 8 Uhr, Wölschstraße 12: Versammlung. Vortrag: Tamen haben Zutritt.

Verein der Schneider- und Schriftpfleger für Niedersch.-Grt. Sonntag, den 3. Oktober, nachmittags 1 Uhr, General-Versammlung in den „Seltzer-Sälen“, Hermannstr. 49-50.

Verband der in Holz- und Holzwaren-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter Deutschlands. Mittags 12 Uhr, 1. Montag, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Wille, Wanteuffelstr. 20: Mitglieder-Versammlung.

„Athleten-Club“. Am 23. Oktober: Konzert im Cohn's Festsaal, Dönhofsstr. 19 (an. Essn).

„Choralverein“. Heute Abend: Sitzung und Probe bei Paule, Nussknobelsplatz 2.

Vermischtes vom Tage.

— In Ratibor begab die Frau eines Buchhalters das Kopfsaar mit Benzol und jändete dann dasselbe an. Sie liegt schwerkrank im Spital. — In der Hamburger Hafen-Kriminalpolizei-Offiziant v. Wörzen wird wegen Meineides, Mißhandlung im Amte, Diebstahls im Amte und Falschbestandtion feldweillich verfolgt. — In Daxburg ist der Polizeisergeant Pfötter vor kurzem vom Amte suspendiert und wenige Tage darauf entlassen worden. Er hatte in der Trunkenheit eine Wirtshausknechtin in gemeiner Weise beleidigt und ihren Vater widerrechtlich verhaftet. — Abschreckungstheorie. In der Weihnachtswoche des vergangenen Jahres fand auf dem Gaunertage Basen ein Duell statt. Der eine der Duellanten, Graf Lexell, verhielt nun gegenwärtig seine dreimonatliche Haft im Stutzgarter Militär-Arresthaus in der Weimarstraße. Es geht ihm dabei augenscheinlich aber gar nicht schlecht. Von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 4 Uhr kann er, wie dem „Stuttgarter Beobachter“ mitgeteilt wird, in der Stadt spazieren gehen, wo er will. Von 4 Uhr an hat er sich in seinem gut eingerichteten Zimmer aufzuhalten, wobei er sich die Zeit durch Lesen, Rauchen und Trinken vertritt. Sein eigener Durst muß ihm das Essen und Trinken zutragen, und die Schildwache muß noch framm präsentieren, wenn der Herr Arrestant aus- und eintritt. — In Kall bei Köln stieß ein 15-jähriger Junge ein fünf-jähriges Kind in ein Feldfeuer. Das Kind starb an den Brandwunden. — Zum Kapitel „Verminderung des Schreibewerks“ wird der „Alldeutschen Zeitung“ über einen Fall aus der

Nähe von Ulfeld berichtet. Auf der Bahnstation ist ein Wasser- glas verunglückt. Der Vorsteher beantragt bei der hohen Direktion die Genehmigung zur Anschaffung eines Glases im Werte von 20 Pf. Darauf kommt die Verfügung, ein Glas für 10 Pf. zu kaufen. Hierauf begibt sich der Beamte persönlich zum Kaufmann und fragt an, ob er für 10 Pf. den fraglichen Gegenstand liefern könne. Auf die bejahende Antwort begibt sich der Vorsteher zurück in sein Bureau und sucht die nötigen Formulare. Er übergibt zwei davon einem Bahnarbeiter mit der Weisung, dieselben dem Kaufmann zu bringen und das Glas zu holen. Der Kaufmann müsse die Formulare aber genau durchlesen, ausfüllen und unterschreiben und sich später keine 10 Pf. von der Stationskasse abholen. Da derselbe gerade beschäftigt ist, so läßt er das Glas überreichen mit der Bemerkung, der Mann solle das Glas Formulare nur so mitnehmen, für die vielen Umstände wolle er das Glas der Bahnverwaltung lieber — schenken. So geschah im Jahre des Feils und der Eisenbahnunfälle 1897 im Intelligenzstaats Preußen. — In Urfeld brach in einer Schänke Feuer aus. Drei Personen, darunter der Wirt, kamen in den Flammen um. — In nördlichen Frankreich übersteigt der Branntwein-Verbrauch bereits um ein bedeutendes den mittleren Branntwein-Verbrauch in Deutschland. Es trinken auch Frauen und Kinder. Der Alkohol wird vielfach mit süßlichem Syrup und sonstigen chemischen Präparaten vermischt. — c. e. Durch einen Hauptgewinn ruiniert wurde in der Umgebung von Madrid der Besitzer eines großen Etablissements. Er hatte an seine Angestellten eine große Anzahl Lotterieloose-Aufschneise veräußert — weit mehr als er in Wirklichkeit besaß — und sich schriftlich verpflichtet, die darauf entfallenden Beträge auszusahlen. Er gewann bei der Ziehung einen Teil des zweiten Hauptgewinnes im Betrage von 16 000 Pesetas, während er selbst, der eingegangenen Verpflichtung gemäß, mehr als 80 000 Pesetas auszusahlen hat. Da die Gläubiger ihr Recht verlangten, mußte er ihnen als „Abschlagszahlung“ sein ganzes Etablissement übergeben. — Ein Helfseher. In der Nähe Warschau's machte kürzlich ein Helfseher viel von sich reden; er gab den Bauern mit verblüffender Sicherheit den Ort an, wo sich ihre gestohlenen Gegenstände befanden. Da die Angaben des Helfsehers immer zutreffend waren, stieg seine Popularität in rascher Weise und damit natürlich auch sein Verdienst. Jedoch dauerte das Geschäft nicht lange, denn dieser Tage wurde er auf dem Diebstahl ertappt. Es stellte sich nun heraus, daß der Helfseher selbst von den benachbarten Bauern verschiedene Gegenstände stahl und gegen eine gewisse Entschädigung natürlich mit Sicherheit abgeben konnte, wo er das gestohlene Gut untergebracht hatte. — Die Typhus-Epidemie in Maidstone (England) nimmt doch immer zu. Bis jetzt sind 1100 Erkrankungen vorgekommen. — Von der Pest. In Indien ist die Pest in bedrohlicher Ausbreitung begriffen. In Bombay kamen in der letzten Woche 60 Todesfälle vor. Auch in Karachi ist die Krankheit wieder ausgebrochen. — Für die 800 Frauen seines Harems hat der König von Siam aus Deutschland seidene Strümpfe mitgenommen. Die Strümpfe wurden nach angegebener Zeichnung in China hergestellt und zeigen oberhalb des Knies als „Bismarck“ den in weicher Seide gestickten Elefanten von Siam. — New-York, 30. September. Der Oberarzt des See-Spitals berichtet, daß bis gestern Abend in den Vereinigten Staaten 682 Fälle von gelbem Fieber vorgekommen sind, wovon 60 tödlich verliefen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für die nächste Woche am Montag, den 4., Dienstag, den 5. und Sonnabend, den 9. Oktober nicht von 6 bis 7 1/2 Uhr, sondern von 7 1/2 bis 9 Uhr abends statt. G. T. 106. 1. und 2. Rein. 3. Jg. — Schwarz 22. Sobiel ohne Papiere ersichtlich, ist die Steuerbehörde im Recht. — Russ. W. B.: Rein. Weiter-Prognose für Sonnabend, den 2. Oktober 1897. Zeitweise heiter, vielfach neblig bei schwachen nordwestlichen Winden und langsam sinkender Temperatur; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Todes-Anzeige. Meinen Geseften, Freunden und Kollegen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, Marie Bruder, am 30. September, nach langen, schweren Leiden durch den Tod erlöst wurde. 10146. Ihrem Wunsche gemäß, einfach und schlicht im Leben, findet die Beerdigung ohne alle Formalitäten am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der St.-Johannis-Gemeinde in Weihenfelden aus, statt. Fritz Bruder, Handschuhmacher und Kinder.

Den Mitgliedern des Verbandes aller im Handel und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter die traurige Nachricht, daß am 29. September unter langjährigem Mitgliedschafts befreundeter Friedrich Strassfeld, an der Profitarier-Krankheit verstorben ist. 267/4. Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, statt, von der Leichenhalle des Dammstr.-Krankenhauses Prinzenallee. Die Kollegen, welche dem Toten die letzte Ehre erweisen, treffen sich bei Witz, Bringsmann, Prinzenallee 21, punkt 2 Uhr. Um zahlreiche Beteiligung erlaube ich den Vorstand, Emil Huber, Vorsitzender.

Wäschinnenmeister! Im geehrten Interesse ist die Wäschfabrik zur Rezipiente-Rückstellung fallig angemeldet. Teilnehmer haben bis Sonnabend 10.30 (nicht 11.30) Uhr im Hotel Waldhof, Rezipiente-Schalter, einzufinden. 10196

Arbeiter-Hilfsverein „Berlin“. Sonntag, den 3. d. M.: Tour nach Trebbin, Abf. früh 8 Uhr: Steinerhaus (Kreuzberg). 267/10

Räthsel der ganzen Welt! Neu eingetroffen: Weicher Herrenhut. Hocherregung! 32345. fabelhaft nur 2,30 M. Goffmann, Gr. Frankfurterstraße 120.

Freie Volksbühne.
Sonntag, 10. Oktober, nachmitt. 3 Uhr I. Abtheilung
" 17. " " " 3 " II.
" 24. " " " 3 " III.
gelangt im Friedrich Wilhelmstädtischen Theater zur Aufführung:
Die Hexe
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Arthur Pitger unter Mitwirkung von Fräulein Seraphine Detschy, Fräulein Emma Thourer und Herrn Oeser vom Deutschen Theater als Gast.
Die erste Abtheilung ist geschlossen.
Da nur noch wenige Mitglieder für die II. und III. Abtheilung aufgenommen werden können, müssen sich Interessenten sofort melden. Eine vierte Abtheilung kann erst dann eine Vorstellung erhalten, wenn dieselbe gefüllt ist. — Vorläufige Anmeldungen gegen Hinterlegung des Eintrittsgeldes von 60 Pf. sind daher in allen Zahlstellen schleunigst zu machen.
Die Mitglieder der ersten Abtheilung werden gebeten, den Oktober-Beitrag bis Freitag, den 8. Oktober spätestens zu bezahlen. Rubrik VII der Mitgliedskarte hat für alle Mitglieder eine Beitragmarke, für neue Mitglieder zwei Marken zu enthalten.
Der Vorstand. G. Winkler.

Sieben erschienen: 132351
Berliner Arbeiter-Kalender
IV. Jahrg. pro 1898, 88 Seiten, reich illustriert, Preis 15 Pf.
Wiederholungen erhalten hohen Rabatt, und mache ich diese auf die leichteste Abgabefähigkeit meines Kalenders besonders aufmerksam.
Th. Mayhofer Nachf.,
Verlagsbuchhandlung,
Berlin N., Weinbergsweg 15b.

Margarine.
Wah- und verhältnismäßig, geschäftsüblichen Interessenten ist Gelegenheit geboten.
Special-(detail)Geschäfte
mit wenig Risiko unter günstigen Bedingungen zu übernehmen resp. einzurichten. Kleine Kaution erfordern. Nur solide Offerten werden unter Z. L. 1210 an Haasenstaedt & Vogler, A.-G., Berlin.
Mügen-Verkauf
zu Engrospreisen.
Grüner Weg 112, part.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
(Verwaltungsstelle Berlin).
Sonnabend, den 16. Oktober,
in der Brauerei Friedrichshain (früher Lips), am Königsthor:
Vokal- u. Instrumental-Konzert
ausgeführt von Zivilberufsmusikern unter Leitung des Herrn Waldemar Guttman, sowie dem Berliner Männerquartett „Harmonie“. 161/2
Nach dem Konzert: **Grosser Ball.**
Derren, welche an demselben teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Anfang punkt 7 1/2 Uhr. Billets 25 Pf. Allen Näheres besagt das Programm, welches beim Eintritt zur Ausgabe gelangt. Billets sind in allen Zahlstellen, bei den Kassieren, sowie im Verbands-Bureau zu haben. In der Kasse wird kein Billet verkauft.
Die Vertrauensleute müssen bis Mittwoch, den 13. Oktober, mit den Kassieren abgerechnet haben, andernfalls gelten die in ihren Händen befindlichen Karten als verkauft und sind demgemäß zu bezahlen.
Die Ortsverwaltung.

Ich wohne jetzt
Lindenstrasse 84.
Dr. Jacobsohn, Augenarzt.
Achtung! Neu eröffnet!
Restaurant und Bierverlag
von **Paul Zimmermann,**
Marklinstr. 8, früh Grüner Weg 10.
Schöneberg.
Empfehle mein Weiss- und Bairisch-Bierlokal. Großes Vereinszimmer steht zur Verfügung. Tageliste des Centralverbandes der Metzgerei und des Centralverbandes der Transport- und Verkehrsarbeiter.
Otto Schilling, Rühlstr. 16.

Treptow.
Restaurant Jägerheim
Königlicher Landstraße.
Schattiger Garten, 4 Regeldächern, Kaffeehaus empf. Hellz. Vorkocher.
Grünau.
G. Wagner's Restaurant
früher Lietke.
Großer Saal, Garten, Kaffeehaus, Kegelbahn, Ausspannung.
Alte Stiefel,
reell u. bill. Range.
Brieserstraße 43. [1005b]

Nonnenberg's Restaur.,
Treptow, Parkstrasse.
Neben Sonntag's Frei-Konzert, Schauer Garten, Gr. Saal, Kaffeehaus.
Kofbutter 10 Wd., Gold 6 Wd., Blumenhonig 4 Wd., Spitzer Kaffeehaus, Post Bräuhaus, Desterreich. 972b
Muschelmöbel, (sodt) billig, verkauft Kolonnenstr. 4, III. links.
Neben Sonnabend's Wäsche-Waschereien bei Völk, Wenteuffelstr. 9. 1018b
Wobl. Schiffske (1 ober 2 Herren), Wanteuffelstr. 85 3 Et. bei Dentschel.
Wobl. Schiffske, 2 Herren, ob. Damen, Bernstr. Köpenickerstr. 28. 4 Et.
Wobl. Schiffske für 2 Herrn (sodt) bei Wm. Grabau, Wenteuffelstr. 38 IV r.

Carl Becker
Cigarren, Cigaretten
u. Tabake
Friedrichstr. 25 an der Mollerei.
Arbeitsmarkt.
Wäscherinnen
auf Damen-Überhemden verlangt gegen Vorlegung von Probearbeit.
Gustav Fromberg, Kronenstr. 31, I.
Kartonschneiderinnen verlangt Vape, Wallergasse 3. 996b

50 Ramsells auf Jackets, 125 bis 225 M., ohne Ausfertigen, Preis, Weichstr. 16 I., Eing. Kolonnenstraße.
Silberpolierinnen
bei hohem Lohn verlangen
Bergas Gebrüder,
10215 Schillingstr. 12.
Zigarrenmacher-Verl. wird bei Frankfurt a. M. 1022b
Tüchtige Vordruckschneiderinnen
werden verlangt bei
Neumann, Hennig & Co.,
Sengsdorferstr. 21. [1023b
Warmor-Schleifer verlangt
Casse, Rottbauer Damm 83.
Gürtler auf Gastonen
werden verl. Chausseestr. 102.
Tüchtige Farbiger bei hohem Lohn verlangt
1025b
E. Joers, Stallgerstr. 28.
Farbiger verlangt. Andreaskstr. 10.
Einpader für Goldbleiten verlangt
Andreaskstr. 10. 1012b
Schirmnäherinnen für baumwollene Schirme finden lohnende und dauernde Beschäftigung. 1015b
Berlin-Geleit Schirmfabrik, Neue Grünstr. 38.
Schirmnäherinnen für halbgebundene Schirme finden lohnende und dauernde Beschäftigung.
Berlin-Geleit Schirmfabrik, Neue Grünstr. 38. 1110b

Literarische Rundschau.

Konsumvereine und Sozialdemokratie.

Kautsky: Konsumvereine und Arbeiterbewegung. (Wiener Arbeiterbibliothek. 1897. 81 S. Preis 15 Pf.)

Dr. Hans Müller: Die Ideen der neuen Genossenschaftsbewegung. (Septemberheft der „Neuen deutschen Rundschau“.)

Bellamy giebt in seinem Roman „Equality“ eine kurze Skizze, wie seiner Meinung nach der Uebergang von der kapitalistischen in die sozialistische Produktionsweise sich vollziehen würde, oder vielmehr, da seine Utopie im Jahre 2000 inmitten eines völlig sozialistisch organisierten Gemeinwesens spielt, wie der Uebergang für die rückschauende Erinnerung der Zukunftsmenschen sich darstellen würde. Wir waren bei der Besprechung des Buches gerade auf diese Ausführungen näher eingegangen. Zuerst, so erzählt Dr. Seete, seien die großen, ihrer ganzen Bestimmung nach öffentlichen Anlagen wie Wasserleitung, Eisenbahnen, Kohlengruben, Petroleumquellen u. s. w. verstaatlicht worden und hierdurch sei ein immer wachsendes Arbeiterheer in den öffentlichen Staatsdienst überführt. Als dann die revolutionäre Partei die ausschlaggebende Gewalt in der Regierung gewann, habe sie in allen industriellen Zentren Läden errichtet, in denen die vom Staat beschäftigten Arbeitermassen ihre Lebensbedürfnisse zu billigen Preisen (dem die Aufschläge des Zwischenhandels wurden so erspart) erhielten. Bald sei die Regierung dann dazu vorgegangen, die Warenvorräte, die sie an ihre Arbeiter absetzte, nicht mehr im Großhandel einzukaufen, sondern selbst zu produzieren. Sie erkaufte Ackerbau, Baumwollpflanzungen und Fabriken in großem Maßstabe. Da sie unter den günstigsten Bedingungen produzierte und keinerlei Profite zu den Produktionskosten schlug, so verbilligte die Preise in den Regierungsläden sich mehr und mehr, und immer größere Arbeitermassen strömten der von der Regierung geleiteten produktiven Organisation zu, um der Vortheile derselben habhaft zu werden. So sei die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise durch diese mit überlegenen Mitteln für den Konsum der Regierungsarbeiter arbeitende Regierungsproduktion und damit die Ueberführung der Gesellschaft in eine sozialistische Organisation vor sich gegangen.

Sieht man näher zu, so ist es das Prinzip der Konsumvereine und Konsumgenossenschaftlicher Produktion, auf außerordentlich erweitertem Maßstabe von einer revolutionär-sozialistischen Regierung angewandt, welches nach dieser Darstellung die Umwälzung zu Stande bringt. Die Konsumtion der großen von der Regierung besetzten Arbeiterheere soll organisiert werden und so die gesicherte Kundenschaft stellen, für welche die Regierung im Konsumgenossenschaftlichen Interesse die Güter einkauft und dann selbständig produziert. Auf dieser Basis ist eine öffentliche Regelung der Produktion, wie sie durch bloße Verstaatlichung der großen Betriebe in gleichem Umfang nicht erreicht werden könnte, möglich. Denn die Verstaatlichung an sich brächte zwar einen Theil der Produktionsmittel in die Hände der öffentlichen Gewalt, hebt aber nicht die Waarenform der Produkte, nicht den Markt und Handel mit allen seinen unüberwindlichen Schwierigkeiten auf. Diese Aufgabe muß von unten auf durch eine Organisation des Arbeiterkonsums in Angriff genommen werden. Beide Vortreibungen ergänzen sich, arbeiten einander in die Hände. Verstaatlichte Betriebe bilden den Hinterhalt großer staatlicher Konsumgenossenschaften und diese entwickeln ihrerseits aus sich heraus die Tendenz zur Gründung immer neuer staatlicher Betriebe für Herstellung der erforderlichen Konsummittel.

Soweit erhebt der Gedanke, dessen nähere Ausgestaltung bei Bellamy allerdings recht phantastisch ist, wohl der Beachtung werth. Wir greifen auf ihn zurück, weil Bellamy bei allem Utopismus darin wenigstens klaren Blick bewahrt, daß er nicht die Konsumgenossenschaften abgibt von der allgemeinen politischen Bewegung, als die Brücke bezeichnet, auf welcher die Menschheit in das Zukunftsland hinüberwandern kann. Erst in der Hand einer Arbeiterbewegung, welche sich die politische Macht erobert hat und diese zielbewußt in sozialistischem Sinne anwendet, kann ihm zufolge die Organisation des Konsums, unterstützt von den gewaltigen Mitteln der Staatsmacht, ihre sozialisierende Wirksamkeit entfalten. Der politische Kampf und die Eroberung der Staatsmacht gelten ihm als Voraussetzung und Bedingung dafür. Ja, in dem richtigen Bestreben, die große Bedeutung der Staatsmacht in der Uebergangsperiode zum Sozialismus klar hervorzuhellen, neigt er dazu, die Initiative derselben zu überreifen. So ist z. B. nicht einzusehen, warum die öffentliche Gewalt die ganze Organisation des Konsums erst von sich aus schaffen müßte, warum sie nicht ebenso gut an die ganz unabhängigen von der Politik bereits unter dem kapitalistischen System entstandenen Arbeiter-Konsumvereine anknüpfen und diese, die in ihren fortgeschrittenen Entwicklungsstadien bereits heute auf das Gebiet der Produktion übergreifen, als Hebel benutzen sollte? Sobald Macht und Reichthum der öffentlichen Gewalt planmäßig für den weiteren Ausbau dieser Gebilde angewendet werden, können dieselben weit über die ihnen im heutigen System gezogenen Schranken hinausgeführt werden und so gleichfalls ein bedeutendes Moment in der allgemeinen, auf Sozialisierung der Gesellschaft planmäßig gerichteten Bewegung werden.

Zu der Taktik der Sozialdemokratie, die mit allen Mitteln in den Besitz der öffentlichen Gewalt zu kommen und diese dem Emanzipationskampf des Proletariats dienstbar zu machen strebt, stehen solche und ähnliche Ansichten in keinem Widerspruch. Der Widerspruch beginnt erst, wenn man die allgemeinen und insbesondere die politischen Machtverhältnisse, unter denen die Organisation des Konsums zu einem bedeutenden Faktor der Sozialisierung werden kann, als gleichgültig beiseite setzt und den Arbeitern die schöne Lehre predigt, ohne gewerkschaftlichen und politischen Kampf, ohne Eroberung der Staatsgewalt könnten sie durch freien Zusammenschluß zu Konsumvereinen unermüdet und von hinten herum dem Kapitalismus das Wasser abgraben, die Organisation des Konsums sei von vornherein das entscheidende und allein zuverlässige Machtmittel im ökonomischen Befreiungskampf.

Dieser ganz einseitige, weit hinter Bellamy's Utopie zurückfallende Standpunkt, in dem sich unwiderfährlich utopistische Entlarftheit ausdrückt, hat natürlich auch seine Liebhaber und Vertreter gefunden. Im Jahre 1890 erschien eine kleine Schrift von Ernst Busch: „Die soziale Frage und ihre Lösung“, in der die reine, vom politischen und gewerkschaftlichen Kampfe losgelöste Konsumvereine-Bewegung schlechthin als „die Lösung“ präsentiert wurde. Der Verfasser, industrieller und kaufmännischer Kreis angehörig, stieß bald darauf. Und seitdem hat Herr Dr. H. Mühlberger, der grümmige, für Proudhon schwärmende Gegner des Marxismus, sich als Agent des neuen sozialen Alibi mittels aufgegeben. Im Jahre 1894 gab er den Nachlaß von Busch unter dem vielversprechenden Titel: „Der Irrthum von Karl Marx“ heraus.

Erst in einer der letzten Nummern der „Sozialistischen Monatshefte“ hat er für die neue Lehre wieder eine Lanze gebrochen. Und Dr. Hans Müller, in dessen Verlag jenes Schriftchen erschien, hat im Septemberheft der „Neuen deutschen Rundschau“ aus der Busch'schen Lehre nicht nur den Irrthum von Karl Marx, sondern die positive Ueberwindung des Marxismus“ zurecht destilliert.

Die Kapitalisten, so kann man die Busch-Mühlberger'sche Argumentation kurz zusammenfassen, erzielen Profit nur unter der Bedingung, daß es ihnen gelingt, die produzierten Waaren zu verkaufen. Ohne Kundenschaft kein Profit. Nun aber ist die Kundenschaft, die sich nach Busch zum größten Theile aus den Konsumenten der Arbeiterklasse zusammensetzt, nicht gezwungen, von dem Zwischenhändler, der seinerseits die Waare vom Großhändler oder auch dem kapitalistischen Produzenten entnimmt, einzukaufen. Die Arbeiter können von sich aus Konsumvereine gründen, durch welche sie sich von dem Zwischenhändler und dessen vertheuernden Preisaufschlägen emanzipiren. Die Konsumgenossenschaften können dann weiter untereinander in Verbindung treten, um gemeinsam große Waarenposten einzukaufen; und von diesem gemeinsamen Einkauf bis zur Gründung eigener Unternehmungen, in denen die bedürftigen Waaren direkt für die Vereine produziert werden, ist nur ein Schritt. So beschaffte z. B. nach den Angaben von Frau Webb die schottische Organisation der Genossenschaften über 1000, die englische fast 2000 industrielle Arbeiter in großen und gut eingerichteten Betrieben. Bei den Waaren, die in den Anlagen der Konsumgenossenschaft selbst hergestellt werden, fallen aber natürlich nicht nur der Zwischenhändlergewinn, sondern auch der kapitalistische Unternehmerprofit und die Gewinne des Großhandels fort. Der Eigentümer solcher Betriebe ist die Konsumgenossenschaft selbst, die keine von den Konsumenten losgelösten besonderen Interessen hat. Je billiger sie sich die Waaren zu verschaffen vermag, um so größer ist der Gewinn, der, sei es durch Herabsetzung der Preise oder durch Ausschüttung der Ueberschüsse, an die Kunden entfällt. Nun braucht man sich nur mit Herrn Busch zu denken, daß die Arbeiter-Konsumgenossenschaften ins unbegrenzte wachsen und den Umfang ihrer direkten Produktion für die Kunden unbegrenzt ausdehnen, und der Kapitalismus selbst ist aus den Angeln gehoben — in Gedanken wenigstens. An stelle der kapitalistischen ist die durch die Konsumgenossenschaften geleitete, von allen Ausbeutungsgeländen befreite gesellschaftliche Produktion getreten — ohne gewerkschaftlichen und politischen Kampf. Die politische Sozialdemokratie mit ihrem Klassenkampfe wird durch die unpolitische, friedliebende, aber um so sicherer den Gesellschaftsbau unterminierende Arbeit der Konsumvereine abgelöst!

Tragt sich nur, ob das, was sich, wenn man von allen näheren Bedingungen und Bestimmungen des modernen Wirtschaftslebens abstricht, „denken“ läßt, irgend eine reale Möglichkeit für sich hat. Denken läßt sich unendlich viel. In jedem sozialen Organismus giebt es eine Unmenge einander einschränkender, mit einander streitender Tendenzen, von denen keine, eben weil sie von lauter gegenwirkenden Kräften umgeben und eingeeignet ist, sich frei entwickeln kann. Das Wesen utopischer Denkart besteht aber gerade darin, aus diesen Ansätzen und Tendenzen willkürlich dieses und jenes herauszugreifen, auszumalen, was, wenn es eben nicht die Schranken gäbe, aus den Ansätzen und Tendenzen sich entwickeln könnte, und diese durch bloße Abstraktion von der wirklichen Mannigfaltigkeit gewonnenen Denkergebnisse als reale Möglichkeiten, als notwendige Entwicklungsziele und allein gültige Heilmethoden des sozialen Organismus hinzustellen.

Wenn auf die wirkliche Ökonomie zurückgegangen wird, zeigt sich sofort, daß die Organisation des Konsums, hinter denkende keine planmäßig auf Verstaatlichung der Produktion hinarbeitende politische Macht steht, welchen Nutzen sie der Arbeiterschaft immer bringen mögen, bei ihrem Uebergreifen in die Sphäre der Produktion von allen Seiten gehemmt sind, daß jeder Versuch, durch sie allein das kapitalistische System zu untergraben, sich als einwirllich außerordentlich harmloses Unternehmen darstellt. Erst im Zusammenhange mit der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung sind Möglichkeiten, die Hemmnisse zu überwinden, geboten. Sobald man aber die Genossenschaftsbewegung in ihrer Relativität, in ihrer Beziehung zu diesem Hintergrunde der allgemeinen Bewegung ansieht, verliert sie auch ihren spezifischen Reiz, eine „Ueberwindung“ oder „Ueberwindung“ des Marxismus zu sein, vielmehr reiht sie sich — ähnlich etwa wie die zu Marx' Zeiten gleichfalls unbekannt und wenig beachteten Phänomene der industriellen Kartellierung — der Marx'schen Gesamtentwicklung des ökonomisch-politischen Entwicklungsprozesses ganz organisch ein.

Das ist der Standpunkt, von dem aus Kautsky in seiner Schrift „Konsumvereine und Arbeiterbewegung“ Positives und Negatives sorgsam gegeneinander abwägt, vorurtheilslos und realistisch den Gegenstand behandelt.

Was für eine Utopie betrifft, daß die Konsumgenossenschaften, da sie einige Waaren in eigener Regie schon heute produziren, geeignet seien, nach und nach die gesamte kapitalistische Produktion aufzusaugen, so stellt er diesen Phantasien sehr treffend die nüchternen Beobachtungen von Frau Webb, der dessen Keimerin der hochentwickelten englischen Gewerkschaften, gegenüber: Ein sehr geringer Theil der von den Arbeitern konsumierten Waaren, erklärt Frau Webb in ihrem Buche über die britische Genossenschaftsbewegung, könnte durch genossenschaftliche Produktion beschafft werden. Denn einerseits sei es die Einführung von Nahrungsmitteln und Tabak, welche einen Haupttheil der Unterhaltungsmitel für die arbeitende Klasse liefern, vor allem werde aber die eigene Produktion dadurch eingeschränkt, daß nur bei großer und konstanter Nachfrage nach den produzierten Artikeln die Erzeugungskosten gedeckt werden können. So sei zum Beispiel die Mannigfaltigkeit der von den Arbeitern begehrten Baumwollstoffe so groß, daß die englische Großhandels-Genossenschaft die Fabrikation dieser verschiedenen Arten nicht habe übernehmen können. Diese Abhängigkeit von dem Umfang der Nachfrage ist die Mauer, die sich, wie die Genossenschaftler bereits erkannt haben, der demokratischen Fabrikation als thalasschliche Hindernis entgegenstellt. Das sind nur einige der Schranken. Dazu kommt, daß ein gewaltiger Theil der Produktion Waaren erzeugt, die gar nicht für den Konsum der Arbeiterklasse bestimmt sind, also, auch von allen sonstigen Schranken abgesehen, ganz außerhalb der genossenschaftlichen Produktion liegt; daß ferner selbst im günstigsten Falle doch immer nur ein Theil des Proletariats, nämlich der zahlungskräftige, nicht auf den Vorg angewiesene, genossenschaftlich organisiert werden kann, u. a. m.

Natürlich, sagt Kautsky hinzu, folgt aus diesen Schranken nicht die Nutzlosigkeit der Konsumvereine, ebenso wenig wie man

aus den Schranken der politischen und gewerkschaftlichen Betätigung ein Argument gegen Nutzen und Nothwendigkeit des politischen Kampfes und der Gewerkschaften herleiten darf. Nicht das Universalmittel (ein solches giebt es überhaupt nicht), nur ein Hilfsmittel im proletarischen Emanzipationskampfe können die Konsumvereine sein, und die Verwendbarkeit und der Werth dieses Hilfsmittels stellt sich je nach den allgemeinen sozialen Verhältnissen und der Entwicklungslage der Arbeiterbewegung ganz verschieden dar. Alles ist hier relativ und bedingt.

Die Frage, was die Konsumvereine gegenwärtig der Arbeiterschaft zu leisten vermögen, ist von der anderen Frage, von welcher wir bei unserer Betrachtung ausgingen: „was die Konsumvereine in Verbindung mit Produktionsgenossenschaften dort leisten können, wo das Proletariat bereits die politische Macht, wenn auch nur zum Theil, erobert hat, in welcher Weise sie als Embryonen sozialistischer Organisationen dienen können“, gänzlich zu trennen. Nach der Zurückweisung der Busch'schen Utopie, die das, was bei gänzlich veränderten politischen Machtverhältnissen sich vielleicht vollziehen kann, bereits im gegenwärtigen Staate, wo noch die wesentlichsten Vorbereitungen fehlen, erwartet, wendet sich Kautsky der Untersuchung zu, was gegenwärtig bei nächster Betrachtung die Konsumvereine für die Arbeiterbewegung schon bedeuten. Ihren demokratisch-erzieherischen Werth schlägt er gegenüber dem Gemeinfinne, den der gewerkschaftliche und politische Kampf entwickelt, nur gering an; dagegen können ihre ökonomischen Leistungen, da sie dem Arbeiter durch Verbilligung des Lebensunterhaltes höhere Kulturansprüche ermöglichen, für die Emanzipationsbewegung des Proletariats bedeutend sein, besonders wenn die Vereine (wie vielfach in Belgien und England) selbst einen Theil ihrer Ueberschüsse, statt sie unter die Kunden zu vertheilen, direkt zu Bildungs- und Propagandazwecken oder zur Unterstützung des gewerkschaftlichen Kampfes verwenden. Den Vortheilen, die so die Arbeiter zu ziehen vermögen, stehen aber die Schwierigkeiten der Verwaltung (die unter Umständen einen Theil der im politischen und gewerkschaftlichen Kampfe viel besser verwendbaren Kräfte lahm legt) gegenüber. Besonders in den großen Städten, wo die Arbeiterunmuthschaft verstreut wohnt, ist es für solche Vereine, die hier auch mit der übermäßigen Konkurrenz der großen Bazare zu kämpfen haben, schwer, Fuß zu fassen. Das günstigste Terrain für die Konsumgenossenschaften scheinen die eigentlichen Fabriksiedel mit ihrer dichten Zusammendrängung der Arbeiterbevölkerung zu sein. Die gewerkschaftlichen, die ökonomischen und selbst die geistigen Vorbereitungen einer kräftigen Genossenschaftsbewegung im Dienste des kämpfenden Proletariats sind, so schließt Kautsky, noch lange nicht überall da vorhanden, wo die moderne Gesellschaft besteht. Auch sie müssen erst erungen werden, aber indem das Proletariat gewerkschaftlich und politisch vorwärts dringt, arbeitet es damit zugleich aus wirksamer an der Erzeugung dieser Vorbereitungen, auf deren Grundlage dann die Organisation des Arbeiterkonsums sich erheben kann, und diese Organisation wird neben dem politischen und gewerkschaftlichen Kampfe ein Mittel sein, die Position der Kämpfer zu verfesten.

Es liegt ein gewisser Humor darin, daß Hans Müller, dem diese unbedingten, ganz von realistischem Geiste durchdrungenen Ausführungen der Prosche wenig gefallen, Kautsky als „arm-seligen“, in Marx verkehrten, wirklichkeitsfremden „Theoretiker“ anempfehl, während er selbst mit vollen Segeln in die Busch'sche Utopie hineinsteuert und, als ob es damit noch nicht genug wäre, mit größtem Eifer bedingt, dieser Kurs sei der in tieferen Schichten wahrhaft marxistische. Die wunderliche Konstruktion steht bei der Bewegung der „Unabhängigen“, in der Müller seinerzeit eine Rolle spielte, ein. Die alte Verhauptung, daß die Taktik der deutschen Sozialdemokratie unmarxistisch gewesen, wird wiederholt, um daraus, daß die Partei sich immer weiter vergrößerte, während die Unabhängigen mit ihrer revolutionären antikaufsozialistischen, angeblich echt marxistischen Taktik, auf keinen grünen Zweig kamen, den Schluß zu ziehen, in dem Marxismus selbst müsse ein Fehler stecken. Daß die Marx'sche Ansicht, der Staat sei Ausdruck der gesellschaftlichen Machtverhältnisse und diene daher dem Interesse der ökonomisch starken Klasse, richtig, könnte nicht angezweifelt werden. Aber eben darum, folgert Müller, ist das von Marx angelegte Ziel, das Proletariat müsse die Staatsgewalt erobern und durch ihre Vermittelung die Gesellschaft sozialisiren, unerreichbar. So lange die Bourgeoisie ökonomisch mächtiger als das Proletariat, kann ihr die politische Gewalt gar nicht entzogen werden. Die Arbeiter haben also, wenn man die Marx'schen Gedanken konsequent zu Ende denkt, überhaupt keine Aussicht auf Emanzipation, es sei denn, daß sie unabhängig vom Staat sich der Produktionsmittel bemächtigen und so ökonomisch die Stärkeren würden. „Daß sie es können würden, war sicher“ (1). Beweis: Die Bourgeoisie ist ja auch auf dem ökonomischen Wege hochgekommen. Das Mittel zur Erlösung kann, da Gewerkschaften und Produktionsgenossenschaften als ökonomische Kräfte nichts Wesentliches erreichen, nur die Genossenschaftsbewegung, sein, die nach Busch'schem Rezept den ganzen Kapitalismus verpfeift. Die neue Genossenschaftstheorie „löst das Problem einer sozialistischen Sozialreform, einer Sozialreform, die des Staats und der politischen Parteien nicht bedarf und sich damit im Einklange mit der Marx'schen sozialen Entwicklungstheorie befindet“. Das Produkt der Eigenthumsverhältnisse, der Staat, kann diese nicht ändern, aufheben, so wenig wie die Wirkung die Ursache aufzuheben, der Ausdruck das Wesen zu ändern vermag.

Herr Müller hat bei dieser „Vertiefung“ der materialistischen Geschichtsauffassung nur eins vergessen. Wenn der Staat das dem Willen des Proletariats absolut unerschöpfbare Ding wäre, als welches er ihn darstellt, so würde dieser Phantastestaat einer Konsumvereine-Bewegung, die nach dem Busch'schen Rezept (die Utopie einmal als möglich angenommen) die Kapitalisten expropriirt, ganz einfach die Stenographen aufsetzen. Aber in anderem Maßstab, als es in Sachen geschehen ist! Der Gewinn für die Konsumgenossen und damit die Triebfeder der ganzen Bewegung schießt fort, und der große Veltungsweg wäre mit einer Barriere gesperrt, die nur bei Seite geschoben werden kann, wenn die Arbeiter politische Macht gewinnen. Der politische Klassenkampf, zur Vorbereitung dieser Utopie herausgeworfen, kommt hinten doch wieder herein. Und ebenso wie die Staatsmacht, die unter der Herrschaft demokratischer Formen dem Proletariat natürlich keinwegs unerreichbar ist, die ökonomischen Bestrebungen der Arbeiterschaft aufhalten kann, ebenso vermag sie die Kraft derselben mächtig zu verfesten. Das ist selbstverständlich. Die Auslegung, die Müller der materialistischen Geschichtsauffassung giebt, übertrifft in dogmatischer Einseitigkeit womöglich noch die Busch-Utopie; sie ist ein longinales Fundament für diese.

C. S.

Advertisement for various goods and services including Schulz' Festsäle, R. Kohlwein's Keglerschlösschen, Carolinenhof, C. Mandt, and Saal frei. Includes contact information for H. Gottschalk and O. J. Engelke.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 2. Oktober.
Opernhaus. Die Africaner. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Waldwund. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Die verlorene Glocke. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Menaïfance. Anfang 7 1/2 Uhr.
Goethe. Dantes. Anfang 7 1/2 Uhr.
Veitling. Das Schopel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Kermittwoch. Vorder: Spiel im Spiel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Die Einberufung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Kreuzschreiber. Anfang 8 Uhr.
Central. Berliner Fahrten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshäufliches. Das Zeichen des Kreuzes. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Das Liebesdrama einer Sängerin. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Krollo. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reen-Palast. Spezialitäten.
Wallage. Panoptikum. Jüdisches Dorf.

Schiller-Theater

Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Zweites Gastspiel des Märchen-Ereignisses **Geistlicher Seig: Verdita, das verlorene Königskind.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Kreuzschreiber.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Erste Vorstellung des Schiller-Festspiel: **Die Räuber.**
Sonntag, abends 8 Uhr: Die Kinder der Erziehung.
Montag, abends 8 Uhr: Ein Tropfen Gift.

Luisen-Theater

31. Reichensbergerstraße 31.
13. Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen.
Zum ersten Male, mit gänzlich neuer Ausstattung, abends 8 Uhr:

Wilhelm Tell.

Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich von Schiller.
Regie: Julius Türk.

Preciosa.

Abends 8 Uhr:
Wilhelm Tell.

Wilhelm Tell.

Billets à 60 Pf. zu der Sonntag-Nachmittag-Vorstellung in den bekannten Verkaufsstellen.

Stettiner Sänger

(Weissel, Pietro, Britton, Cicci, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.)
Montag, den 4. Oktober: **Victoria-Brauerei.**
Dienstag, den 5. Oktober: **Böhmisches Brauhaus.**
Mittwoch, den 6. Oktober: **Stimmliche Soiree** im großen Kaiser-Saal der **Charlottenburger Flora.**

Urania

Taubenstrasse 48-40.
Naturkundl. Ausstellung tägl. geöffnet von 10 Uhr vormittags ab, Eintritt 50 Pf. - Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Passage-Panopticum.

Indisches Dorf
mit dem bedeutendsten Fussball-Künstler der Welt **Moung Toon.**
Vorst. 12, 5, 7 und 9 Uhr.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Bärenweib die grösste Sehenswürdigkeit des ablaufenden Jahrhunderts ist wieder da!!!
Neu! Italienische Kapelle des Maestro Liberti, 5 Herren, 2 Damen.

Central-Theater

Alle Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Sonnabend, den 2. Oktober 1897:
Emil Thomas a. G.
Zum 29. Male:

Berliner Fahrten.

Burleske Lustspiel mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannsdorf.
Musik von Jul. Einöder.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Karten und die folgenden Tage: **Berliner Fahrten.**

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. C. Weisk.
Revität! Stürmische Heiterkeit!
Zum 16. Male:

Jugendbrunnen.

Stürmischer Beifall bei „Mit, ranter damit“, gesungen v. C. Weisk. und „Ach Villy, Villy, wie lieb hat Dich Dein Villy“, gesungen v. Rich. Jürgens, sowie „Bei uns in Hammelsburg, in New-Hammelsburg.“
Sonntag, nachmittags 3 Uhr, kleine Preise: **Die Nieder d. Musikanten.**

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Neues Programm.

8 Debuts

Flip, Flap, Flop!!

Urtomische Pantomime, ausgeführt von der

Joseph Phoites-Troupe.

Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr

Feen-Palast

22 Burgstr. 22.
Grösst. Begegnungsfest Berlin 10 neue Debuts. u. a.: **Miniatyr - Circus Kelly,** die beste Dressur der Neuzeit. Eine verunglückte Dreifachjahrs.
Urtomische Pantomime von der **Gareton-Troupe.**
Richard Winkler und Wilhelm Fröbel in der Leopold-Glychen-Berliner Bolle

'Ne wilde Sache.

Auftritt des Schauspiel- und Miniatyrpersonals.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1 M. 50 Pf.

Theater der Reichshallen

Leipzigerstrasse 77.
Neue Debuts!
Martin Reuter, d. ättnelle Dumorch.
Zerpenlanzende Gunde! (effektvolle Revität.)
Trio Natta!
Tanz-Reife um die Welt.
Clara Antoni, Soubrrette.
Novello's Wunderkinder.
22 erstklassige Nummern.
Anfang des Konzertes 7 1/2 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Im Parterre: Saal: täglich 2 Kapellen.

Alcazar

Variété-Theater I. Rangos. Dresdenstrasse 53/53 (City-Passage).
Kunsthalle 42/43.
Direktion Richard Winkler.
Genie:
Die Rosen aus dem Süden. Große Ausstattungspolle mit Gesang und Tanz in 1 Akt von B. Gerde.
Neu! Vorher: **Neu!**
Wir werden Nennen! Schwant in 1 Akt von Ernst Moser. Musik eines durchweg neuen glänzenden Spezialitäten-Repertoires.
Anfang: **Wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.**
Entree 30 Pf.
Gutscheine haben an den Wochenenden an allen Plätzen Gültigkeit.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Täglich:
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Die Einladungskarte. Schwant in 1 Aufzuge von Kogebne.
Die kleine Schlange. Feste in einem Akt von Jacobson.
Berliner in Italien. Original-Burleske: Feste mit Gesang von G. Wunder.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag u. Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Kaufmann's Variété.

Dienstag, den 5. Oktober er., geschlossen.
Täglich ausverkauft durch den unbeschreiblich. Lacherfolg der Zug- u. Kassenstücke:
Ein Abend im Wintergarten und im Atelier.
Sensations- Novitäten des ersten Original-Budapester Fessen u. Operetten-Theater, Direktion Gebrüder **Anton u. Donat Herrnfeld.**
Neu! Neu!
Solo-Spezialisten: Minna Peretti, Kunst-Rad-fahrerin, The Giffreds, Excentrische Teufelskerle, Carl Jürgensen, Charakteristiker, u. Dr. Guido Schmitz, Improvisator. Anf. 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 1/2 7 Uhr. Vorzugskarten gelten. Vorverkauf von 11-5 Uhr.

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
97. Dresdenstr. 97.
Die Reizenburg.
Bilder aus dem Berliner Volksleben von E. G. G.
Anfang: Sonntag 6 Uhr, Wochentags 7 1/2 Uhr. - Entree: Sonntag 30 Pf., Wochentags 20 Pf.

Maehr's Theater

Oranienstrasse 24.
Täglich
Gr. Elite-Vorstellung
Novitäten-Programm.
Anf. Sonntag 6 Uhr, Woche 8 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.
Entree auf Bank 16 Pf. Nachzahlung.

American-Theater.

Dresdenstr. 55.
Kolofoaler Erfolg! Stürm. Beifall!
Berlin
wie's näht und treunt.
Vollständ. u. Gesang in 2 Akten v. E. G. G.
Musik von Schmidt.
Der Traum von Bayreuth.
Parod. Traumbild.
Euge Schnitz als Seemann. Wally Zuckino, Soubrrette. Gummy und Ernst Knechtig, Duetisten. Paul Bendig, Dumorch.
Anfang der Vorstellungen: **Sonntag 7 1/2, Wochentags 8 Uhr.**

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und **Humoristen.**
Deute Anfang 7 Uhr.
I. Rang u.loge I. R. Sperrig 50 Pf., Entree und II. Rang 30 Pf.

Johannisbeerwein

10 Liter Weinglas 10 Pf.
Eugen Neumann & Co.,
Obst- und Beeranweinkellerei.
Damit ein geehrtes Publikum sich von der Güte und Vorzüglichkeit unsrer Fruchtweine überzeugen kann, haben wir einen Ausschank errichtet und zwar **Kommandantenstr. 67.**

Dr. Simmel

Moritzplatz, L. Hand v. Klinger
Spezialarzt f. Haut u. Haareiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Künstliche Zähne.

H. Steffens, Rosenbaldenstr. 61, 2 Tr.
Tageszahlung pr. Woche 1 M.

M. Schulmeister
Schneidermeister,
Dresdenstrasse 4, Kottbuser Thor,
empfeht zu anherordentlich billigen Preisen nachstehende
Spezialartikel: 31780*
Hohenzollern-Mäntel mit einer 5 Mr. weiten Pelzlinie in schwarz, grau, blau u. modifarben. von M. 25 an.
Winter-Paletots und Gekmas, Ficommé u. Krümmen-Stoffen, schwarz, blau, braun u. modifarben. 1. u. 2reih. mit Vama gefüttert, M. 16-40
Jaquet-Anzüge in gebleg. wollenen Jwim-Stoffen, 1. und 2reihig. 16-24
Jaquet-Anzüge in glatten Diagonals, Kammgarn, Satin u. Cheviot-Stoffen, 1. u. 2reih. modernster Gard, in Satin u. engl. Cheviot-Stoffen, eleg. Ausführung. 20-35
Jaquet-Anzüge in guten, wollenen, schwarz, Kammgarn-Stoffen, modernster Gard, elegante Schnitt- façons. 22-36
Kost-Anzüge in guten, wollenen, schwarz, Kammgarn-Stoffen, modernster Gard, elegante Schnitt- façons. 25-38
Kost-Anzüge von feinen Satin, Tuch u. Kammgarn-Stoffen, 2reihig. 30-42
Gehrod-Anzüge von feinen Satin, Tuch u. Kammgarn-Stoffen, 2reihig. 30-45
Sport- u. Radfahrer-Anzüge, Loden-Mäntel v. 9 M. an.
Beinkleider in dauerhaften, woll. Stoffen, verschiedenen Farben, Kammgarn und Cheviot, von M. 5-10
Knaben-Paletots u. Anzüge. Kleidbare Façons in gr. Auswahl. in Cheviot, Sclour- und dauerhaften Jwim-Stoffen, 1. und 2reihig. von 5 M. an.
Schul-Anzüge für sämtliche Gewerbe zu den billigsten Preisen.
Bestellungen nach Maass von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.

Zum Umzuge empfeht in großer Auswahl mit und ohne Rahmen
Sozialistische Bilder und Haussegen
Th. Mayhofer Nachf., Sozialdem. Buchhandlung,
Berlin N., Weinbergsweg 15b.
32319*

Waaren-Einkaufs-Verein zu Görlitz.
Dem hochgeehrten Publikum von Berlin und Umgegend zeigen wir hierdurch ganz ergebenst an, daß wir Anfang Oktober d. J. in dem Hause
Chausseestrasse 116 in Berlin
unter der Firma:
Waaren-Einkaufs-Verein zu Görlitz
Zweigniederlassung Berlin,
ein
Engros-, Detail- und Versand-Geschäft
für
Material- und Kolonial-Waaren, Landesprodukte, Delikatessen, Konserven aller Art, Wein, Tabak und Cigarren
eröffnen.
Unsere zahlreichen Kunden in Berlin bitten wir höflich, bei Waarenbestellungen hierauf Rücksicht nehmen zu wollen, um eventuell Frucht zu sparen.

Landau & Lauterbach
BERLIN, gegenüber Stadtbahnhof „Börse“ **8 Neue Promenade 8** BERLIN, gegenüber Stadtbahnhof „Börse“
Empfehlen ihr reichhaltiges Lager in:
Schuhwaaren für Herren, Damen und Kinder von dem einfachsten Filzschuh bis zum elegantesten Goodyear Welt-Stiefel.
Garderobe für Herren und Knaben aus nur dauerhaftesten Stoffen hergestellt, in allen Grössen und Preislagen.
Hüte für Herren und Kinder in verschiedenen Façons und Farben.
Anfertigung nach Maass unter Garantie besten Sitzes.
Unsere Geschäfts-Grundsätze: **Streng reelle Bedienung bei nur festen aber billigsten Preisen.**
Der Preis ist auf jedem Gegenstand in Zahlen vermerkt.
Eröffnung: Heute Sonnabend.
Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Gloke in Berlin. Druck und Verlag von Max Wading in Berlin.